

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Klein-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Sonntagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Dienstag, den 8. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

Deutschland, England und die Welt- politik.

Seit einiger Zeit gefallen deutsche und englische Kapitalistenblätter sich in dem frivolen Sport, die öffentliche Meinung beider Länder gegeneinander aufzuheben und sich gegenseitig allerlei Invektiven zu sagen. Von englischer Seite wird die deutsche Presse der künstlichen Stimmungsmache für die Boeren durch Verbreitung verlogener Berichte über die südafrikanischen Verhältnisse, der Verdächtigung der englischen Absichten, des Reids auf die englischen Kolonialerfolge beschuldigt; während von deutscher Seite auf gehässige englische Aeußerungen über die deutsche Kolonialpolitik und das Vordringen des deutschen Handels in Asien, auf das Verhalten Englands in der Samoa-Affaire, auf die Beschlagnahme der deutschen Postdampfer hingewiesen wird. Zweifellos, daß gewisse Vorkommnisse, wie die Sympathie-Rundgebungen deutscher Blätter für die Boeren, der scharfe Ton der jüngst vom „Foreign Office“ veröffentlichten deutschen Protestnoten gegen die Dampferbeschlagnahme wesentlich dazu beigetragen haben, die Funken der beiderseitigen Erregung anzufachen; aber diese Wirkung konnte doch nur erzielt werden, weil schon seit längerer Zeit zwischen den kapitalistischen Kreisen beider Länder eine tiefe Verstimmung besteht. Im andern Falle hätten weder die albernen Verhörungen der „Times“ und des „Observer“, noch jene der ihnen kapitalistisch-wohlwärtigen deutschen Preßorgane von der Sorte der „Rhein-Beitrag“, der „Hamb. Nachr.“ u. s. w. willig Gehör gefunden. Und tatsächlich liegen denn auch die Gründe für die gegenseitigen Verdächtigungen, mit denen die englischen und deutschen Organe bestimmter Interessentkreise einander überhäufen, weit tiefer. Sie existieren nicht erst seit gestern, sondern sind in wirtschaftlichen Veränderungen zu suchen, die schon seit etwa zwei Jahrzehnten auf dem Weltmarkt sich vollziehen: Veränderungen, die, wenn sie einerseits den ökonomischen Mechanismus kompliziert und die wirtschaftliche Abhängigkeit beider Länder von einander vergrößert haben, andererseits auch die Gegensätze verschärft und eine früher nicht vorhandene Rivalität weckten.

Im Licht dieser Thatsachen muß auch die Haltung der Regierungen beider Staaten betrachtet werden. In Maßnahmen und Aeußerungen, die auf beiden Seiten die nationale Empfindsamkeit reizen mußten, hat es weder hüben noch drüben gefehlt; aber im ganzen erscheinen die Regierungen mehr als die Geschobenen, denn als die Schiebenden. Weder das Salisbury-Chamberlainische Kabinett, noch die Leitung der deutschen auswärtigen Politik möchten im Bewußtsein der wichtigen handelspolitischen und anderer Interessen den Vogen allzu straff spannen. Das englische Kabinett verstand sich erst dann zu einem Vorgehen gegen deutsche Dampfer in den ostafrikanischen Gewässern, als die Heißspornie der englischen kapitalistischen Presse, voran die „Daily Mail“ und die „Times“, lange Erzählungen über die Anteilnahme preussischer Offiziere an den Boerenkämpfen und über die Einschmuggelung von Kriegskontrebande über die Delagoabai gebracht hatten. Und ebenso sucht die deutsche Regierung bei allem sonstigen Entgegenkommen gegen die Verzenwünsche der Kolonialenthusiasten mit England auf leidlichem Fuß zu bleiben, wie ihr Verhalten im Samoa-Konflikt, während der Verhandlungen über die Postdampferbeschlagnahme, und ihre Stellungnahme zu den verschiedenen Versuchen einer anti-englischen Intervention in die südafrikanischen Kämpfe beweist. Im Gegensatz zu der boerenfreundlichen Gefühlspolitik, die vor drei Jahren in dem bekannten Kaisertelegramm an Krüger ihren Ausdruck fand, fehlt es heut nicht an Anzeichen dafür, daß der Leitung der deutschen Auslandspolitik die verschärfte Tonart gegen England, die kapitalistische Blätter sich leisten, keineswegs gelegen kommt. Die in den offiziellen Blättern während der letzten Monate mehrfach erschienenen Warnungen vor anti-englischer Demonstrationspolitik, die geflüsterte Betonung des Interesses, das Frankreich an einer englisch-deutschen Entzweiung hätte, verraten in Form und Inhalt deutlich ihre Herkunft von gewisser Stelle. Wenn trotzdem zur Begründung der Flottenvorlage Englands Rivalität und seine Beschlagnahme deutscher Postdampfer ausgespielt wird, so nur, weil es andre Gründe, die gleichermaßen auf die kapitalistischen und Kleinbürgerlichen Schichten zu wirken vermöchten, nicht giebt. Mit der Kolonialpolitik der Franzosen in Madagaskar oder den Erfolgen der Russen in Centralasien lassen sich beim besten Willen die Geschwäbelforderungen nicht begründen. Allenfalls läßt sich die bessere oder schlechtere Position Auslands oder Frankreichs für die Forderung neuer Land-Regimenter verwerten, und sicherlich wird, wie schon früher, auch bei den nächsten Militärforderungen die russische oder französische Gefahr wieder als Motiv herhalten müssen, aber als Begründungsobjekt zur Flottenvorlage nimmt sie sich doch gar zu albern aus. Und so bleibt als halbwegs plausible Grund nur die unserm Augenhandel durch England drohende Gefahr. Die provokatorische Rückwirkung dieser Motivierung auf England wird dadurch allerdings nicht vermindert.

Die Verhörung, die von beiden Seiten getrieben wird, geht — das kennzeichnet sich schon durch die Presse, die sie vornehmlich pflegt — von bestimmten kapitalistischen Interessen-

liquen aus. Auf deutscher Seite gefeilt sich außerdem noch der Chorus des feudal-antifeminitischen Agrariertums hinzu, das instinktiv in England den Industriestaat und Repräsentanten bürgerlicher Selbstverwaltung haßt. Doch nicht ohne Ursache stellen sich heute jene am deutschen Exporthandel beteiligten Kapitalisten sowie die Mitglieder der Hochfinanz England feindlich gegenüber, die noch vor wenigen Jahren für englisches Wesen und englische Wirtschaftsgrundsätze in oft geradezu lächerlicher Weise schwärmten, und ebensowenig sind jene neueren Betrachtungen der englischen Literatur über die Notwendigkeit einer Abwehr der deutschen Handelsrivalität oder die Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Interessenverbands Englands mit seinen Kolonien und einer Abgrenzung seiner sogenannten Interessensphären aus Längeweile entstanden. Es sind thatsächlich, wie schon gesagt, in den letzten beiden Jahrzehnten wirtschaftliche Veränderungen erfolgt, welche die Beziehungen beider Teile zu einander wesentlich anders gestaltet haben; und nur aus diesen Veränderungen heraus läßt sich die Situation begreifen.

Die Art der Kolonialpolitik sowie überhaupt die Methode der Exploitation, durch welche ökonomisch starke die schwächeren Länder auszubeuten suchen, hat in den letzten Jahrzehnten mehrfach gewechselt. Sehen wir auf das Mittelalter zurück, so finden wir als Ziel der Handelspolitik der damaligen seehandelstreibenden Mächte, der italienischen Städtepublikan, der Hanja, Portugals, Hollands, die Sicherung bestimmter Handelsmonopole. Das Bestreben war, durch Anwendung von Gewalt oder künstlichen Beschränkungen ein Handelsverkehrsmonopol mit bestimmten Märkten zu erlangen, andre Mächte von diesen Märkten auszuschließen. Als dann nach der Entdeckung Amerikas Spanien sein großes Kolonialreich begründete und Holland im indischen Archipel große Besitzungen gewann, gefielte sich zum Handelsmonopol das Kolonial- und Encomienda-System, kein fremdes Schiff durfte in den Häfen der neueroberten Kolonien Handel treiben; ja es wurde, um bestimmte Monopolmärkte zu begünstigen und ein Entgegenhandeln gegen die Verkehrsverbote zu hintertreiben, zu den sonderbarsten Verfügungen gegriffen. So war beispielsweise im siebzehnten Jahrhundert der Handel zwischen China und dem spanischen Amerika nur über Manila und Acapulco gestattet, und zwar durfte Ein- und Ausfuhr eine bestimmte Höhe nicht übersteigen; einestheils um dem Handel hohe Profite zu sichern, andernteils um der Warenausfuhr aus dem spanischen Mutterlande keine Konkurrenz zu machen. Daneben wurden die Eingebornen der Kolonien gezwungen, bestimmte Naturaltribute an die Kolonialverwaltungen zu leisten, für diese bestimmte Ländereien zu bebauen, oder es wurden auch, wie z. B. in Amerika, den Ansiedlern der eignen Nationalität, den Gesellschaften und Missionen große Landbestimmungen mit den darauf angelegenen Eingebornen als Pfänden (Encomiendas) überlassen. Kleinstufige Handelsmonopole und Tributleistungen führte auch England in seinen indischen und amerikanischen Kolonien durch. Der Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika führte jedoch eine Aenderung herbei. Es zeigte sich und wurde weiterhin durch die Kämpfe Spaniens mit seinen amerikanischen Besitzungen bestätigt, daß eine von Weißen bewohnte Kolonie nicht in voller wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Mutterlande zu erhalten sei, daß ihr eine gewisse Selbständigkeit gewährt werden müsse. England räumte seinen Kolonien immer weitere Zugeständnisse ein, nur in den Besitzungen der Ostindischen Compagnie blieb das ältere Kolonialbeherrschungssystem in Gebrauch und besteht dort bekanntlich teilweise heute noch.

Aber es war nicht allein der Verlust der Neu-England-Staaten, der den Umschlag bewirkte. War früher die Einfuhr und der Handel mit den Kolonialprodukten die Hauptsache gewesen, so erlangte nun, als sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts in England die Großindustrie zu entwickeln begann, die Ausfuhr die größere Bedeutung. Es galt Absatzmärkte für die Erzeugnisse der nationalen Industrie zu gewinnen. Die Kolonien sollten zu solchen aufnahmefähigen Absatzgebieten werden. Dem stand jedoch ihr feudaler Zustand, die Herabdrückung der Eingebornen zu konsumunfähigen Sklaven, die Herausbildung einer Art Pflanzaristokratie entgegen. Das alte Kolonialsystem mußte deshalb gebrochen, die Konsumfähigkeit der Kolonien gehoben werden. Derselbe industrielle Liberalismus, der in England für die unbeschränkte Ausnutzung des Arbeiters, für die zwölfstündige Arbeitszeit neunjähriger Kinder in den englischen Fabriken eintrat, entwickelte sich zum Kolonial-Philanthropen, der für die Menschenwürde und die Hebung der Eingebornen in den Kolonien schwärmte. Im Jahre 1838 hob England die Sklaverei in seinen Kolonien auf; die Arbeitszeit der erwachsenen Regier wurde während der Uebergangszeit durch die Emancipationsakte auf 45 Stunden pro Woche, also 7 1/2 Stunden pro Tag festgesetzt.

Die englische Industrie und mit ihr der englische Exporthandel erlangten indes bald nicht nur in den eigenen Kolonien eine Art Absatzmonopol, sondern überall in der ganzen Welt. Die Großindustrie Deutschlands, Frankreichs steckte noch in den Kinderschuhen; die nordamerikanische Union kam überhaupt nicht in Betracht. Der deutsche Seehandel war größtenteils Handel mit England, den nordischen Reichen und mit den Niederlanden. Der überseeische Handel wurde nur selten direkt betrieben; er ging meist über England oder Holland. Aus dieser damaligen Stellung Englands auf dem Weltmarkt

erklärt sich einerseits die Sympathie des hanseatischen Kaufmanns für England in den dreißiger bis sechziger Jahren unseres Jahrhunderts; der hanseatische Handel war in gewisser Beziehung nur eine Fortsetzung und ein Anhängsel des englischen Welthandels; andererseits die kühle Gleichgültigkeit, mit der man in England die englischen Kolonien betrachtete. Schon in den dreißiger Jahren tritt mehr und mehr die Ansicht hervor, der Kolonialbesitz sei nutzlos; er verurache nur Scherereien, nötige zur Unterhaltung einer Kolonialarmee, stärke die Bureaucratie und die feudal-aristokratischen Elemente im Staatswesen. Also weg mit den Kolonien! Abjaß für seine Industrie-Erzeugnisse finde England in fremden Staaten ohnehin; die Kolonien seien, wie Benjamin Disraeli sich 1852 ausdrückte, nur „Mühlsteine“ um den Hals des englischen Volks.

Mit der industriellen Entwicklung Deutschlands und der Vereinigten Staaten und ihrer daraus hervorgehenden Konkurrenz auf dem Industriemarkt, änderte sich bei den industriellen Kapitalisten Englands auch die Wertschätzung der Kolonien wieder. Nicht nur auf fremden Gebieten, auch auf den englischen Kolonialmärkten selbst drang der deutsche und amerikanische Konkurrenz vor und deutsche und amerikanische Schiffslinien drängten englische rivalisierende Linien völlig zurück. Während der deklarierte Wert des Totalerports englischer Erzeugnisse nach den englischen Kolonien 1880 gleich 76,8 Mill. Pfd. Sterl. betrug gegen 51,8 Mill. Pfd. Sterl. in 1870, also um 24 1/2 Millionen höher stand, stellte sich der Wert 1890 nur auf 87,4 und 1897 gar nur auf 80,7 Mill. Pfd. Sterl., und zwar obgleich die Gesamteinfuhr der Kolonien fortwährend stieg. So begann denn zu Anfang der achtziger Jahre im freihändlerischen England der Gedanke eines Zollverbands Englands mit seinen Kolonien, d. h. der Begünstigung der englischen Industrie auf den kolonialen Märkten, Wurzel zu fassen. Schon 1884 entstand in London die „Imperial Federation League“, die Bewegung blieb jedoch auf engere kapitalistische Kreise beschränkt; erst seit 1895, besonders aber unter dem Einfluß der jetzigen südafrikanischen Kämpfe, gewinnt der sog. Imperialismus, die Idee eines geschlossenen, dem Ausland gegenüber als Einheit auftretenden britischen Empires, an Boden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai.

Der Reichstag

widmete zwei Stunden seiner Montagssitzung den Agrariern und ihrer unerschämten Gahgier. Es handelte sich um die zweite Lesung des Gesetzes betreffend Postdampfer-Verbindungen mit Afrika. Also Dampfer-Subvention. In dem Gesetzentwurf, der von der Kommission unüberändert angenommen worden ist, hatten die Agrarier in Gestalt einer Resolution die Forderung eingeschmuggelt — oder richtiger den schwachen Regierung abgepreht —, daß die zu subventionierenden Dampfer „keine landwirtschaftlichen Produkte des Auslands, die mit dem der deutschen Landwirtschaft konkurrieren“, nach Deutschland einführen dürften.

Das Wort „Dampfer-Subvention“ erweckt in jedem von uns die Erinnerung an heftige Kämpfe innerhalb der Partei. Das war vor 15 Jahren. Die einen meinten damals, als Zubehör zur Kolonialpolitik sei die Dampfer-Subvention principiell zu verwerfen, während die andern in der Dampfer-Subvention eine Unterstützung des Handels sahen, der man nicht entgegenzutreten könne. Damals kam auch eine Einigung nicht zu stande und bei der Abstimmung war die Partei gespalten. Diesmal war alles einig. Daß die Dampfer-Subvention der Kolonialpolitik dient, ist jetzt nicht mehr zu bezweifeln, und da sich hier mit der verwerflichen Kolonialpolitik noch die ebenso verwerfliche, und denselben niederen Motiven entflammende Brot- und Fleisch-verteuerungspolitik vereinigt, so war unsere Ablehnung selbstverständlich. Unsern principiell negierenden Standpunkt entwickelte Genosse Klees, während im Lauf der Debatte Genosse Debel den tollsten Widerspruch hervorhob, der darin liegt, daß man einer Vorlage, die angeblich den Handel fördern soll, eine Resolution zur Beschränkung des Handels mit auf den Weg giebt. Der Süßermann Arendt, der nebst dem sächsischen Oertel die Sache des agrarischen Großgrundbesitzes vertrat, erregte das stürmische Gelächter des Hauses, durch den in seinem Mund unsagbar komischen, an den Freihändler Brömel gerichteten Vorwurf: was derselbe — Brömel — gesagt habe, das hätte er — Arendt — schon vorher gewußt. Als ob Arendt je etwas geschriebe oder geredet hätte, was man nicht schon vorher — allerdings in etwas besserer Form — auswendig gewußt hätte!

Nachdem das Dampfer-Subventions-Gesetz mit allen gegen unsere Stimmen, und die Resolution mit allen gegen unsre und die Freisinnigen Stimmen beschlossen und durch die Ungeschicklichkeit des amtierenden Vicepräsidenten Frege die allgemein gewünschte Erledigung auch der dritten Lesung verjagt worden war, wurde die zweite Lesung der Unfallgesetz-Novelle wieder aufgenommen. Es ging sehr langsam. In drei Stunden wurden genau drei Paragraphen mit Zubehör — § 8 bis § 10 (a, b und c) fertig gestellt; und zwar, mit Ausnahme eines einzigen Punkts, wo auf Köstlers Antrag eine kleine Verbesserung durchging, ganz in der Fassung der Kommission.

Unsre Anträge, die auf Erlangung günstigerer Bedingungen für die Verletzten und deren Familien abzielten, wurden alleamt abgelehnt. Freilich war dies auch das Los mehrerer Verschlechterungsanträge der Herren von Nichte, Stumm, Lehr etc., namentlich des menschenfreundlichen, von „christlicher Liebe“ differtierten Antrags, sogenannte Gewohnheitsstrafen ihrer Freiheit zu berauben und in die Acht zu erklären. Auch die Verträge, den Bezug einer höheren Gesamtsumme an Rente als der Lohn betrug, zu verbieten, scheiterten, nachdem der zahn und müde gemordete Centrums-Musterarbeiter Stöbel ihn in weinerlicher und Genosse Mollenbühr in kräftiger, das Niedrige und Inhumane der Forderung nach Gehilr geißelnder Rede bekämpft hatte. Außer Mollenbühr sprachen unsrerseits noch Hoch und Fischer-Sachsen.

Schluss der Sitzung 6 Uhr.
Nächste Sitzung 1 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Rechnungs-kammer. Agrarische Interpellation über Transit-zölle. Fortsetzung der Beratung des Unfallgesetzes.

Das veraltete neue Flottengesetz.

Die neue Flottenvorlage wird soeben unter Fach gebracht. Nach dem „Plan“, den die Regierung in ihrer Begründung des Gesetzes gab, sollen die in ihm geforderten Schiffsbauten binnen 20 Jahren vollendet sein. Irgeud welche Bindung ist aber nicht vorgesehen, die erneute Forderungen der Regierung ausschließen oder erschweren könnte; nur der Reichstag ist verpflichtet worden.

Thatsächlich hat nun auch schon die Agitation für neue Flottenvermehrungen begonnen. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um die vom Centrum jetzt gestrichenen Auslands-Kreuzer. Deren baldige Nachforderung und Bewilligung gilt als selbstverständlich. Nein, auch die verdoppelte Schlacht-Flotte von vier Geschwadern genügt nicht mehr. Die Lieferantblätter haben das schon immer gesagt. Jetzt läßt sich in der Wiener „Zeit“ ein preussischer Offizier ähnlich hören. Ausgehend von der Bismarckschen „Anstandsflotte“ schildert der preussische Offizier die neuere Entwicklung der deutschen Flotte. Da sagt er:

„Man muß sich nur vergegenwärtigen, was es heißt, eine ganze Flotte einfach verdoppeln zu wollen und dafür rund zwei Milliarden Mark auszugeben; 1898 handelte es sich um noch nicht 400 Millionen für die Flotte, diesmal wurde der fünf-fache Betrag verlangt, und auch er wird nicht reichen, denn die leitenden Personen in Berlin werden zweifellos eine fernere Erweiterung zumindest aber auf eine erhebliche Beschleunigung des Baues der Flotte drängen, nachdem sie nun unter Dach und Fach ist; das letztere ist ganz unvermeidlich. Umso bedeutsamer ist es, daß der Reichstag unter diesen Umständen so wenig Schwierigkeiten gemacht hat.“

Durch ein monatelanges Coullenspiel hat das Centrum im Volk die Meinung zu erwecken versucht, als ob es ernstlich gegen die übermächtigen Flottenansprüche kämpfe. Der preussische Offizier bestätigt die lächerliche Nichtigkeit der „Schwierigkeiten“, die das Centrum trügerisch aufwarf.

Auch über die Absichten des neuen Flottenministeriums sagt der Offizier recht offenkundig Beherzigendes:

Die Verhältnisse haben sich seit der früheren Flotte nur zweifach Schutzes gegen Frankreich und England) geändert. Die Begründung der Flottenvorlage von 1900 spricht beherzlich nur immer von der „großen Seemacht“, gegen die es die deutschen Küsten und Meere zu sichern gelte — sie lehrt also ihre Spitze unverhüllt gegen England. Man kennt die Ursachen. Während vor zwei Jahren offiziell beruhigend versichert wurde, Deutschland könne niemals daran denken, eine Flotte ersten Ranges zu besitzen, wie sie die alten Seemächte England und Frankreich haben, zwingt die Entwicklung des englischen Imperialismus heute dazu, die Möglichkeit eines Bruchs mit Großbritannien läßt und fest ins Auge zu fassen, und sich darauf einzurichten durch Schaffung einer Flotte ersten Ranges.“

Der preussische Offizier verhehlt sich nicht, daß die Konkurrenz mit der englischen Flotte keine geringe Sache ist. „Nach dem neuen Flottenplan“, sagt er, „soll die deutsche Flotte 38 Linienfahrzeuge zählen; selbst wenn sie diese heute hätte statt 1920, würde sie der englischen noch nicht gewachsen sein, im Jahre 1920 jedoch wird England zweifellos seinerseits wieder bedeutende Fortschritte gemacht haben und der deutschen Flotte sehr erheblich überlegen sein.“ Andererseits hofft der preussische Offizier, daß infolge des neuen Flottengesetzes die deutsche Marine technisch sowie bezüglich der Personalfrage in die Lage kommt, „mit den großen Seemächten zu konkurrieren anfangen“ zu können. „Das war ihr zur Zeit, wo sie eine „Anstandsflotte“ war, einfach nicht möglich, jetzt wird es möglich werden, und darin liegt unsres Erachtens die Bedeutung des Flottengesetzes von 1900, das, wie schon bemerkt, zweifellos sehr bald weitere Novellen erleben wird.“

Solche Aussichten eröffnet der preussische Offizier in einer ausländischen Zeitschrift als Anonymus. Bald werden unsre Lippen dasselbe Lied singen.

Deutsches Reich.

Die gräßliche Flotte scheint jetzt den Agrariern minder un-schön, seitdem die Vorkü zu einer kleinen Beitragsleistung genötigt worden ist. Dagegen sind die bürkertümlichen Wasserspekulanten stark abgelehnt. Die Vorkü und Handelskammer petitionieren gegen die neuen Steuern und selbst der „Hamburger Korrespondent“ bläst den Abg. Freie genügend an, weil er sich für einen Stempel auf Schiffs-Gratbriefe erklärt.

In der That, die Agrarier können zufrieden sein: Ihnen schwimmt auf der Flotte ein ersehnter Getreidezoll zu, und die Freunde der Exportpolitik werden zu den Kosten gelind herangezogen. Die nahden Leute, die von der Flottenpolitik eine Niederdrückung der Agrarier erwarteten, werden nun, sofern sie noch belehrbar sind, diesen Wahn aufgeben.

Ein neues Socialistengesetz, das sich durch große Einfachheit auszeichnet, hat der Dreihundertwähler erschienen und in einer Leipziger Versammlung zum besten gegeben. Er malte mit feurigen Farben die socialdemokratische Gefahr und ängerte:

Heute zählt die Socialdemokratie schon über 2 Millionen Anhänger, in 30-40 Jahren wird sie sich verdoppeln, wenn nicht Schritte dagegen gethan werden. Die Kerle muß man aber an die Wand drücken, daß ihnen die Schwarte macht. Die Socialdemokraten unternehmen die zahllosen Streiks; die Juden veranlassen die Arbeiter hierin, um sie an den Gedanken des Völkchens zu gewöhnen. Das zeigt ja auch der sächsische Kohlenarbeiterstreik. Die Arbeiter werden immer frecher und unerschütterter und wissen nicht mehr, was sie wollen. Es kann kommen, daß alle Kohlenarbeiter in Deutschland streiken und wir nicht wissen, womit wir unsre Stuben heizen und unsre Suppen kochen sollen. Das muß zu einem Zusammenstoß mit der Regierung führen, bei dem Hunderttausende tot bleiben. Wenn ich die Macht hätte, dann würde ich bei dem nächsten Streik ein paar Bataillone Soldaten an-rücken und die Kerle zusammenhauen lassen. Es müssen eiserne und drakonische Gesetze gegen die Socialdemokratie geschaffen werden. Wenn es nach mir ginge, so würde ich folgendes Gesetz vorschlagen:

1. Die socialdemokratischen Führer werden ausgewiesen.
2. Die socialdemokratische Presse hört auf, zu erscheinen.
3. Das Versammlungsrecht ist für die Socialdemokratie aufgehoben.

§ 4. Die socialdemokratische Partei hat aufgehört zu existieren.

Mit diesen 4 Paragraphen ist allerdings das Problem völlig gelöst. Man sollte endlich den Dreihundert zum Kanzler machen. — Der Lamm's. —

Deutsch-englische Freundschaftsbezeugungen. Im August, wenn vielleicht die südafrikanischen Boeren ihren letzten Widerstand leisten, wird der deutsche Kaiser nach England gehen. Der Kronprinz soll ihn, wie jetzt mitgeteilt wird, begleiten, und aus der Hand der Königin Victoria den Hofenbandorden in Empfang nehmen. Der Herzog von York überbrachte zur Großjährigkeitsfeier dem Kronprinzen „ein sehr herzliches Handschreiben“ der englischen Königin und eine massige silberne Spende.

Ferner wird berichtet: Kaiser Wilhelm gratulierte dem Prinzen von Wales telegraphisch, daß er in Kenmare mit dem Pferd „Diamond Jubilee“ den 2000 Guineen-Preis gewonnen. Die „Birmingham Post“, die diese Meldung bringt, fügt hinzu, der Kaiser habe dem Prinzen nie zuvor zu einem sportlichem Erfolge gratuliert, auch nicht damals, als der Prinz 1898 mit dem Pferd „Perkimon“ das Derby gewann.

Wenn die Freundschaft der deutschen und der englischen Dynastie so gefestigt ist, daß auch Sportfolge die gegenseitige Teilnahme erregen, warum dann die gewaltigen Flottenrüstungen der beiden Nationen gegen einander? —

Feldmarschall-Kaiser. Es wird berichtet: Nachdem der Kaiser den General-Obersten Grafen Waldersee zum General-Feldmarschall ernannt hatte, wandten sich der General-Feldmarschall Prinz Albrecht von Preußen, als der älteste General der Armee, sowie der Chef des Militär-Kabinetts, General der Infanterie von Sahlke, im Namen der Armee mit der Bitte an Kaiser Wilhelm, doch auch selbst die Feld-marschallwürde anzunehmen. Die kaiserliche Entscheidung über diese Bitte soll unmittelbar bevorstehen. —

Nur immer dreißig. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Der parlamentarische Mitarbeiter der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ will wissen, daß für die neuen Handelsverträge im Einvernehmen mit Rußland ein Roggenzoll von 4 M. und ein Weizenzoll von 6 M. in Aussicht genommen sei. Daß ein solcher Roggenzoll viel zu niedrig wäre, liegt auf der Hand.“

Das Pararierblatt glaubt natürlich selbst nicht an die feste Einte der „K. S. Stg.“, daß Rußland sein Einvernehmen mit einer Erhöhung des deutschen Roggenzoll beschränkt habe. Aber es bemerkt auch die Gelegenheit dieser Tartarennachricht gern zur Bekundung seiner zügellosen Brotverteuerungs-Begehrden. —

Petitionen. Dem Reichstage ist das siebzehnte Verzeichnis der eingegangenen Petitionen zugegangen. Daraus ist zu ersehen, daß in der gegenwärtigen Tagung dem Reichstage bereits mehr als 28 000 Petitionen zugegangen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine große Zahl von Petitionen mehrere hundert, viele sogar über tausend Unterschriften tragen. —

In der „Hansestadt“ Köln hat nach den ins Land hinausgedrachten Festberichten der Flottenparade am Sonnabend in einem im Gürzenich veranstalteten Festkommers seinen „Höhepunkt“ erreicht. Beigeordneter Pieck hielt eine Ansprache, in der er das kaiserliche Wort „navigans necesse est, vivere non est“ (Segeln ist nötig, leben nicht, eine Flottenparade, deren bittere Wahrheit gerade die Mannschaften der wenig feilschtigen Torpedoboote zu würdigen wissen) paraphrasirte, und die in die den beschränkten Unternehmungsgeist zum politischen Prinzip erhebende Aufforderung anlang, dem Kaiser durch Die und Dann zu folgen. Als die Begeisterung den Zenith erklommen hatte, wurde folgendes originelle Telegramm angenommen:

„Heber tausend Bürger der lebensfrohen Hansestadt Köln mit den Offizieren und Mannschaften von Sr. Majestät Torpedoboote der Rheindivision, zum Gesezruß vereint, huldigen inbehold ihrem Kaiser als dem Bannerträger, der mit starker Hand die stolze deutsche Flagge hinaus trägt über die Meere, zur Ehre und zum Segen des deutschen Volks.“

Die Kommerzierenden müssen sich bei Abendung des Telegramms allerdings in sehr gehobener Stimmung befinden haben. Das Betonen der weinfröhlichen Lebenslust im Stadium der dritten Flotte steht denn doch in einem allzu starken Kontrast zu dem gladiatorenhaften Fatalismus des „vivere non est“. Und die Reichsherrlichkeit der guten Stadt Köln, deren ohnehin kümmerliche Reste von der Sturmwooge der großen Revolution hinweggespült worden, liegt bereits um mehr als ein Jahr-hundert zurück. Dafür genießt aber Köln den auch in diesen Tagen neu verlebten Ruf, den Karneval zu einer in Deutsch-land konturrenzlosen Spezialität ausgebildet zu haben. —

Flottenspektakel. Aus Köln wird vom 7. Mai gemeldet: Gestern abend nach Eintritt der Dunkelheit führte die Torpedoflotte Signal- und Beleuchtungsmanöver aus. Während des interessanten Schauspiel hielten dichtgedrängte Menschenmassen die Ufer an und beläuferten des Rheins besetzt und folgten mit Spannung den fesselnden Vorgängen auf dem Strom, über dessen Spiegel sich Lichtflut um Lichtflut ergoß. Leuchtende Farben-effekte erfüllten die Luft und tausend fliegende Raketen bis hoch über die Spitzen des Doms empor, der zeitweilig von einem Strahlenmeer umflutet schien.

Wenn diese pyrotechnische Flottenspektakel sich als zugkräftig erweisen sollte, so könnte man ja unsere Marinefeuerwerke einmal eine Tournee durch ganz Deutschland unternehmen lassen. Statt der etwas schwer zu transportierenden Torpedoboote hätten es vielleicht auch einige Prausen; das „frei machende“ Meer könnte bei einiger patriotischen Phantasie jeder mit einigen Kilogramm Seesalz versezte Entenpfehl darstellen. —

Ein neuer Bundesgenosse der Seingemüther. In einer argen Misssphäre hat sich ein Heizegardist bürzeln lassen. Zu Gunsten des Heizegesetzes hat sich nämlich ein wackriges Centrumsblatt, das „Hamburger Volksblatt“, folgende Ab-geschwadenheit geleistet: „Gerade Gott selber ist der erste gewesen, der eine lox Heizege erließ, denn die Bibel sagt: „Und Gott der Herr machte Adam und seinem Weib Gewänder von Fellen und Leidete sie.“

Der Verfasser dieser Albernheit würde als Schöpfer des Paradieses wahrscheinlich dem schämigen Paar gleich ein Zottelfell haben wachsen lassen. Und zwar auch nach seinem Ebenbild. —

Wasserstielische Flotteneinrichtungen. Nach der liberalen Korrespondenz sollen auch die Wasserstiel allemäßig von der Seefranke befassen werden. Nach Mitteilungen aus Süddeutschland ständen dort — und namentlich im Großherzogtum Baden — die völksparteilichen Kreise keineswegs durchweg auf dem ablehnenden Standpunkt der freisinnigen Volkspartei. So heiße es in dem Briefe eines Mitgliedes der freisinnigen Volkspartei unter andern wörtlich:

„Ich meinedeils laur die Haltung, welche die freisinnige Ver-einigung in der Kommission angenommen hat, nur billigen und habe wiederholt einer flottenfreundlichen Auffassung Ausdruck gegeben.“

Das scheint ja, als ob die Zensur in der liberalen Linken fast eben soweit gediehen sei, wie im Jahre 1893 bei der damals noch geimten Räder-Nichterschen deutschfreisinnigen Partei.

Alexiale Apologetik der Flottenvorlage. Die Vorbeeren des ein kreuzritterlichen Kanonendiskursanten predigenden Pastor Raumann haben einen Breslauer Centrumsprofessor nicht schlafen lassen. Unter dem pomphaften Titel „Seehandel und Flotte vor dem Forum der christlichen Philo-

sophie“ hat derselbe in der „Germania“, allerdings schamhaft verdeckt in der wissenschaftlichen Beilage, eine Apologetik der Flotten-vorlage und zugleich des schmachvollen Unfalls des Centrums ver-öffentlicht. Der Philosoph ist allerdings in dem Artikel nichts zu entdecken, es sei denn, daß man so gutmütig sein wollte, die lateinischen Citate aus Augustinus, Thomas von Aquino etc. dafür zu nehmen. Im übrigen enthält der Artikel nur die verschiedensten Wendungen jener Apologetik, durch deren unerträgliches Wieder-holen die Flottenfreier sich und ihr phantastisches Publikum in einen Weltnachtädel zu versetzen sich bemüht haben. Man bewundere selbst die Originalität dieser Expektorationen:

„Die Staaten, welche Deutschland aggregiert sind, ohne eine Seelüste zu besitzen, nehmen trotzdem an dem allgemeinen Nutzen teil, der aus dem Seehandel jener deutschen Staaten entspringt, welche sich einer Seelüste erfreuen; sie nehmen auch teil an der Wachsenhaltung des kraftvollen einheitslichen Deutschen Reichs. Und daher haben sich ihre Staatsoberhäupter mit den Landesherren der deutschen Seestaaten vereinigt nicht in dem Verlangen nach einer Zugusflotte — denn jeder Nutzen wäre überflüssig und schädlich —, sondern in dem durch alle Umstände gerechtfertigten Auf nach einer starken deutschen Flotte, die dem Schutz des deutschen Handels und der Wahrung der deutschen Machtstellung in der Welt genügt. Das deutsche Volk würde irre gehen, wenn es nicht mehr der wohlgemeinten Sorge und Sorgfalt seiner Herrscher Vertrauen entgegenbrächte. Allein das kann nicht geschehen, auch hier wird die Stimme der Ver-nunft, nicht die Stimme der Partei siegen, getreu jenem Wort, welches der Einheitsbegeisterung entquoll: Der König rief und alle, alle kamen.“

Ist für den Mann nicht eine Stelle als Flotten-Oberlapuziner frei? —

Parlamentarische Sakalen. In den „Münch. Neuest. Nachr.“ schreibt Prof. v. Sehdel über die Witt- und Geschäftsgänge von Abgeordneten zu Staatsbeamten.

„Die Abgeordneten haben die Tribüne des Landtags oder sie können ausnahmsweise auch direkt mit den Ministern verkehren, aber auch dann sollen sie nicht mit abgelegtem Genid und geknickten Knien oder gar mit dem Hut in der Hand in unterhängigst erzierender Stellung sagbuheln, wie wir schon bekannte geistliche Herren vor Ministern sehen sahen. Mit Ministerialreferenten direkt verkehren, um ihnen für sich oder andre die Erfüllung irgend eines Wunsches zu in-stituieren, ist nach der Regel des parlamentarischen Anstands un-erlaubt, und wenn darum ein Beamter solche Abgeordnete als Schmuser bezeichnete und zur Thür hinauskomplimentierte oder wenn ein anderer Beamter den Abgeordneten keinen Stuhl zum Niederhocken anbot, so haben die also traktierten Abgeordneten kein Recht, sich zu beschweren. Der künftige Abgeordnete ist jener Herr, welcher sein darüber schweigt, daß ihm ein Ministerialreferent er-läuterte, er sei als Abgeordneter dazu da, die ungehörigen Handlungen der Beamten zu kontrollieren und nicht dazu, sie zu ungehörigen Hand-lungen zu bestimmen; der Herr Abgeordnete solle den Leuten draußen nicht versprechen und sich nicht als Makler verbinden, dann brauche er sich in München nicht zu blänieren. Der Herr Deputatus drehte sich um, empfahl sich und schweigt wie ein Grab.“

Auch außerhalb des bayerischen Landtags giebt es Parlamentarier, die vor Wonne grinsen, wenn irgend ein Geheimrat oder gar Minister an sie ein paar gnädige Worte richtet. —

Eine knaakliche Musterankast. Man schreibt uns aus Krefeld am 6. Mai: Der Postbote Schmitz aus Krefeld wurde vom Schwur-gericht zu Düsseldorf wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Geschwornen veranstalteten eine Sammlung für die Frau des Verurteilten.

Dieser Postbote war seit dem Jahre 1898 im Postdienst und hatte ein Einkommen von 200 M. pro Tag. Er war Vater von drei Kindern. Zwei andre Kinder waren gestorben. Außerdem hatte er sehr viel mit Krankheiten in der Familie zu kämpfen. Nach und nach hatte er nun 200 M. ans Rot unterschlagen.

Bei einem solchen Einkommen gilt doch das Dichterwort: ... Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überläßt ihr ihn der Pein. ...

Zum Centrumsunfall. Die „Rheinische Volksstimme“, das bekannte Centrums-Organ, giebt folgende interessante Gegenüber-stellung der Centrumsstimmen über die Flotten-Vorlage zum besten:

Was der Durchschnitts-Zeitungsleser unsrer großstädtischen Blätter für ein gutmütiger Mensch ist, beweist zur Evidenz die Ge-schichte der Flotten-Vorlage. Die bekannte „Verl. Zeitungsskizze“ für die größeren Centrumsblätter schrieb vor 5 Monaten über die Flotten-Vorlage:

„Der Flottenplan ist auf unverantwortliche Einflüsse zurück-zuführen. ... Der Bundesrat hätte doch einen Ton mitzureden, ehe Deutschland in einen neuen Milliarden- und Konfliktkurs hineinsteuert. ... Unsre Lage kennzeichnet sich so: Die Reichs-lokomotive fährt unter überhitztem Ressel, die Bremsen sind ge-brochen, und den Weichenstellern sind die Hände gebunden. ... So kommt das Plöbliche und Uebermäßige an den Reichstag, wie eine Lokomotive auf den Pressbock. Der Konflikt ist dann da.“

Die „Köln. Volkszeitung“, welche sich rühmt, daß sie sich von der „Berliner Korrespondenz“ die Politik nicht vormachen lasse, schrieb damals:

„Wir wünschen principiell, daß der Reichstag endlich einmal energischen Widerstand leistet. ... Es geht immer ein Stürmen auf den Reichstag los, als solle er abtrümpelt oder eingeschichtet werden, und oft beteiligen sich Leute daran, denen an der Sache gar nichts liegt, die sich nur „oben“ beliebt machen und mit irgend einer Specialkurst nach der Regierungssprezesse werfen wollen. ... Es ist die ganze Methode der neuesten Art Politik zu machen, die wir in erster Linie bekämpfen und die in uns den Wunsch rege macht, der Reichstag möge endlich einmal der Regierung ernstlich die Zähne zeigen und an einem offenen Konflikt nicht vorbeigehen.“

Jetzt, nach noch nicht sechs Monaten ist die Flotte durch den An-trag Müller-Baldni in einem Umfang bewilligt worden, daß selbst die „Köln. Stg.“ ihren Beifall nicht verjagen konnte. Ueber diesen Antrag Müller schreibt jetzt dieselbe Korrespondenz und dieselbe „Köln. Volks-Stg.“:

„Das Unkraut ist an der gestrigen Beschlußfassung der Kommission ist die einheitliche Stellungnahme der Centrumsmitglieder. ... Im Jahre 1898 ist es bekanntlich nicht gelungen, eine Uebereinstimmung zu erzielen.“

Haben wir nicht recht mit der Behauptung, daß die Leute der großstädtischen Blätter sehr gutmütige Menschen sind!

Das Schöne an der Sache ist, daß diese Ausführungen von einem Centrumsorgan und nicht von den bösen Socialdemokraten hervorgeholt worden sind. —

Dresden, 6. Mai. Rammere hat auch die Erste Kammer des Landtags ihren Segen zu der Warenhand- und Konsumvereins-steuer gegeben und den Antrag der Zweiten Kammer mit einer geringen Aenderung angenommen. Wie die Vorlage, wenn sie in zwei Jahren an den Landtag kommt, aber schließlich ausfallen wird, das läßt sich schwer sagen. Die Regierung hält noch wie vor eine Umsatzsteuer für alle Großbetriebe für den geeigneten Weg, während die Mittelstandsbreiter in den Kammern nur die Warensteuer und ganz besonders die Konsumvereine der Arbeiter treffen möchten. Bei dieser Gelegenheit machte Abg. Oberbürgermeister Pfeiffer-Dresden die Mitteilung, daß Dresden auf das Landesgesetz nicht warten, sondern die Sache ortsgenau regeln werde, doch sollten die Konsumvereine nicht anders behandelt werden wie alle andern Leute, die Geschäfte machen. Dresden wird also schon vorher mit einer solchen Steuer „beglückt“ werden. —

Der geistesgeheulte König Otto von Bayern ist seit einiger Zeit auch körperlich erkrankt. Man nimmt an, daß der König einem baldigen Tod entgegengeht. Am Sonntag begaben sich die drei Kuratoren des Königs nach dem Schloß Pfisterried, um die An-ordnungen zu treffen, die das Befinden des Kranken erfordern. —

Militärische Lebenswürdigkeiten. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Die Klagen über recht unangenehme Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben der dem sogenannten Wehrdienststande angehörigen Mannschaften (Reservisten und Landwehrleute) häufen sich immer mehr, seitdem man die Kontrollvorrichtung für die wehrfähige Bevölkerung im Bürger-Verzeichnis mit einer Reihe von Fußangeln ausgestattet hat, in die man sich nur allzu leicht verfangen kann. Es war vorauszu sehen, daß die im vorigen Jahre militärischerseits getroffene Bestimmung, wonach jeder Kontrollpflichtige am 30. oder 31. März jeden Jahres ohne weitere Aufforderung bei der Gemeinde- bezw. Polizeibehörde seines Wohnortes die sogen. Kriegsbestimmung abzuholen hat, in diesem Frühjahr anlässlich ihres erstmaligen Inkrafttretens von zahlreichen Beteiligten werde übersehen werden. Man konnte deshalb erwarten, daß die geringfügige Veranlassung bei der Militärbehörde eine milde Beurteilung finden und dementsprechend schlußendlich mit einem Verweis oder einer kleinen Geldstrafe geschult würde. Anstatt dessen fuhr man sofort mit Freiheitsstrafen dreier und verhängte allein in der Stadt Straßburg über nicht weniger als 248 solcher schweren Verbrechen Haftstrafen von je einem Tag. Das Mißverhältnis zwischen der Schwere des militärischen Vergehens und der Härte der Strafe ist ein umso schmerzlicher, als die weitaus größere Mehrzahl der Betroffenen den handarbeitenden Volksschichten angehört, denen der Ausfall eines Tagesverdienstes unter Umständen recht wehe thun kann. Die in Betracht kommende Militärbehörde, das kaiserliche Bezirkskommando Straßburg, hat vor etwa Jahresfrist bereits dadurch einmal die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt, daß sie einige Hundert Reservisten und Landwehrleute in Strafe nahm, weil sie es unterlassen hatten, bei der Kontrollstelle ihren „Wohnungswechsel“ zu melden, nachdem die von ihnen bewohnten Straßen andre Namen erhalten hatten. —

Wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen hatte sich am Montag die Arbeiterfrau Amalie Gundel, geb. Zenger, aus Hamburg vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht II zu verantworten. Die Angeklagte wohnte früher in Neu-Weihensee und soll dort im Januar und März 1894 zu den Frauen Kähl und Kemp ihren Aerger Ausdruck gegeben haben, daß das Volk die vielen Schulden und Geldmangel ernähren müsse. Daran soll sie Äußerungen über den Kaiser und Schimpfworte geäußert haben, welche es zweifelhaft ließen, ob dieselben den Schulden oder dem Kaiser galten. Die beiden Frauen haben merkwürdig lange Zeit gebraucht, um Anzeige zu erstatten. Inzwischen war die Angeklagte verstorben und wurde wieder erst nach langer Zeit in Hamburg ermittelt. So ist es denn gekommen, daß sich die Erledigung der Sache über sechs Jahre hinweggezogen hat. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Freisprechung der Angeklagten, weil der Gerichtshof annahm, daß die Belästigungen weder sicher in ihren Aussagen noch sonst völlig glaubwürdig seien.

Ausland.

Der „Ritualmord“ in Polen.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Das Gutachten der Prager medizinischen Fakultät, auf welches der oberste Gerichtshof die Klaffung des Urteils im Polnaer Mordprozeß stützt, geht dahin, es sei ausgeschlossen, daß der Agnes Pruga Blut zum Zwecke irgend einer Verwendung entzogen worden sei. Das Blut des Körpers sei vielmehr in Kleidern, Haaren, in der Blutlauge sowie im Körper selbst aufgefunden worden. Das Gutachten bezeichnet die That als **sexuellen Mord**.

Wenn die „N. F. P.“ das Gutachten der Prager Fakultät richtig wiedergibt, so wird der Prozeß, in dem der Jude Hildner zum Tode verurteilt, zu einem Akt einer so entsetzlichen Leichtfertigkeit, wie man ihn selbst im kaiserlichen Böhmen nicht für möglich halten sollte. Denn in dem Prozeß spielte die „Blutkeure“ des Leidnamens die Hauptrolle, und die lokalen Organe hatten ihr Gutachten wesentlich auf diese Erscheinung gestützt.

Ein Sieg der Nationalisten.

Nachdem das Amtsrat der nationalistic-monarchistisch-republikanischen Regierungsoption vor Eröffnung der Weltausstellung vergeblich versucht hatte, das Ministerium Waldeck-Rousseau-Wittlerand zu stürzen, haben sich die Reaktionsparteien mit voller Wucht in den **Kommunalwahlkampf** gestürzt. Am Sonntag haben diese Wahlen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts erfolgten, stattgefunden. Resultate der Wahl liegen bisher fast nur aus Paris vor. Die Nationalisten behaupteten hier alle ihre Siege und gewannen den Republikanern neun Siege ab. 50 Wahlen sind ungültig, in 30 Bezirken finden nächsten Sonntag Stichwahlen statt. Die nationalistic Presse jubelt ob der Erfolge ihrer Partei.

Von den Wahlergebnissen in der Provinz wird bisher nur bekannt, daß in Toulouse, Draguignan, Albi, Vohes und Charolles Radikale und in Rheims socialistische Radikale gewählt wurden.

Welche Mitteilung der Ausfall der Wahlen auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Frankreich ausüben wird, ist auf Grund der dürftigen Nachrichten nicht zu übersehen. —

Die Vereinigten Staaten von Australien.

London, den 5. Mai. Die Frage der australischen Bundesverfassung steht noch immer im Vordergrund der Diskussion. Die Delegierten der beteiligten australischen Kolonien — West-Australien, ebenso wie Neu-Seeland, zur Zeit noch außerhalb des Bundes — wollen oder können in der Frage des Bundes-Obergerichts nicht nachgeben, und die englische Regierung kann sich nicht entschließen, in eine Verfürgung der Reichsregierung der höchsten richterlichen Instanz zu willigen. Um den Streitpunkt noch einmal klarzulegen: Der Entwurf der australischen Bundesverfassung, wie er nach langjährigen Verhandlungen in direkter Volksabstimmung von den stimmberechtigten Angehörigen der fünf größten australischen Kolonien gebilligt worden ist, sieht für alle inner-australischen Rechtskonflikte ein australisches Bundes-Obergericht vor, das für solche Konflikte die endgültig entscheidende Instanz bilden soll. Danach würde der Rechtsabteilung des bisherigen Staatsrats ein gutes Stück ihrer Spruchsphäre entzogen, denn bisher fiel es ihr zu, bei Rechtsstreitigkeiten, wo es sich um grundlegendes Rechts- oder Verfassungssache handelte, gegebenenfalls als letzte entscheidende Instanz Urteile zu fällen. Dieses Stück Reichshoheit wollen die englische Regierung und die imperialistisch gesinnten Parlamentsmitglieder nicht gern aufgeben.

Es handelt sich dabei wesentlich um die Erhaltung eines der Momente, die den organischen Zusammenhang zwischen Mutterland und Kolonie repräsentieren. An sich liegt nicht allzu viel daran, ob die paar Prozesse, um die sich das handelt, in Australien oder in London endgültig ausgefochten werden. Die Rechtsabteilung des Staatsrats ist eine den wenigsten Engländern bekannte, äußerst schwerfällig arbeitende Körperschaft, und man kann es den Australiern nachsagen, daß sie die Zeit- und Kostenvergeudung, die mit der Verweisung wichtigerer Entscheidungen an eine über 20 000 Kilometer entfernt sitzende Körperschaft verbunden ist, loszuwerden wünschen. Auch folgern sie nicht mit Unrecht, daß, wenn man ihnen das Recht zurpricht, ihre eigenen Gesetze zu machen, man ihnen das Recht nicht vorenthalten kann, selbst zu entscheiden bezw. durch selbsternannte heimische Richter entscheiden zu lassen, was diese Gesetze betreffen. Die Logik ist soweit durchaus auf ihrer Seite. Dem gegenwärtigen Zustand der Dinge gegenüber ist ihr Verlangen so rationell wie nur möglich.

Was aber selbst die demokratischeren englischen Imperialisten, oder vielmehr gerade diese, gegen den betreffenden Artikel — er trägt die Nr. 74 — der australischen Bundesverfassung bedenkt, stimmt, ist, daß er der von ihnen erstrebten Reform der obersten

Rechtsbehörden Abbruch thut. Ihr Ideal ist eine Vereinheitlichung dieser, unter Heranziehung der Kolonien. Das britische Haus der Lords, aus dessen richterlichen Mitgliedern gerade die Rechtsabteilung des Staatsrats zusammengelegt wird, soll auf diese Weise in einen Reichssenat umgebildet werden. In solcher Umbildung haben die Kolonien aber natürlich ein um so größeres Interesse, je mehr Kolonien den jetzigen Instanzen erhalten bleiben. Indem der Artikel 74 der australischen Verfassung diese Aufgaben beschränkt, und er proklamiert obendrein für den australischen Bund das Recht auf weitere Ablösungen, nimmt er der Bewegung auf Schaffung eines Reichssenats ihre Kraft und stützt er damit die ihr widerstrebenden konservativen und radikalen Elemente.

Auf der äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken der englischen Parteien begegnet nämlich die Idee der Schaffung eines Reichssenats erheblicher Opposition. Die Opposition der ersteren wurzelt in der Befürchtung, es könne die Umbildung des Hauses der Lords dieser ehrwürdigen Kammer mehr nehmen als ihre historische Basis, die Erbkämmer der Peerwürde, verträgt. Die Radikalen der äußersten Linken aber sehen in der Senatsidee nur ein Produkt des Bestrebens, den Lords eine Verjüngung zu teil werden zu lassen, während ihr Programm nicht auf Reform, sondern auf Aufhebung des Hauses der Lords, auf Abschaffung jeder zweiten Kammer abzielt. Ihnen ist die Politik des Abwärtens, die Lord Salisbury vorigen Montag auf einem Bankett zu Ehren der australischen Delegation verkündete, sehr viel sympathischer als die von Chamberlain auf der einen und Lord Rosebery auf der andern Seite vertretenen Politik der möglichst frühzeitigen Vorwegnahme kommender Entwicklungen. Je länger mit der Umbildung der Reichsinstanzen oder der Schaffung zeitgemäher Reichsbehörden gewartet wird, um so mehr Zeit und Anlaß haben die Kolonien, durch selbständiges Vorgehen jenen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die anti-imperialistischen oder Klein-England-Radikalen unterstützen daher die australische Delegation in ihrem Widerstande gegen jede Abänderung der australischen Verfassung durch das englische Parlament. Sie gehen hierin sogar fast noch weiter wie die Delegation, von der einige Mitglieder deutlich erlernen lassen, daß sie zwar das Mandat haben, die Verfassung möglichst unbeschädigt durchzuführen, aber den Entwurf doch nicht als absolut unantastbar betrachten. Er ist in einigen australischen Kolonien nur mit geringer Mehrheit durchgegangen, und gerade der Artikel 74 hat in Australien viele Gegner.

Diese Gegnerschaft hat wieder einen stark wirtschaftlichen Grund oder findet in wirtschaftlichen Motiven einen starken Rückhalt. Ein Teil der australischen Kapitalisten, insbesondere die Bankwelt, wünscht die höchste Rechtsinstanz dem Mutterland zu belassen, weil die weitgehende Demokratie der Kolonie dem Eigentum nicht die gleiche Sicherheit gegen konstitutionale Gesetze oder Gesetzesauslegungen bietet. Vertreter dieser Kreise suchen in Londoner Blättern die Aufklärung zu verbreiten, man werde es in Australien nicht nur nicht ablehnen, sondern im Gegenteil ganz gern sehen, wenn der ominöse Artikel fällt. Daß sie bei Blättern wie die „Times“ damit auf willige Ohren stoßen, ist selbstredend.

Die liberalen Imperialisten aber suchen nach einem Mittelweg. Einen solchen erblicken sie darin, daß das Reichsparlament die australische Bundesverfassung bis auf Artikel 74 rückhaltlos, diesen aber bedingt annahme, gleichzeitig jedoch die Schaffung eines ordentlichen Reichs-Versorgungsgerichts beschließen. Dann solle es den Australiern überlassen bleiben, ob sie zu Gunsten eines solchen den Artikel abändern wollen oder nicht. Der Urheber dieses Vorschlags ist der radikal-schottische Abgeordnete Dalhousie, ein hervorragender Jurist, die Seele des imperialistischen Flügels der liberalen Partei im Haus der Gemeinen. Die Regierung dagegen zaudert, der Dualismus Salisbury-Chamberlain läßt sie, wie es scheint, zu keinem bestimmten Entschluß kommen. Dabei festhält man die australischen Gäste aus Leidenschaft und tauscht mit ihnen Toaste über Toaste auf die Solidarität und den engeren Zusammenschluß von Mutterland und Kolonien aus. Ungeachtet der achtlosend Freiwilligen, die Australien nach Südafrika geschickt, läßt sich das reale Vorhandensein solchen Solidaritätsgefühls unmöglich bestreiten, aber es ist zu allen Zeiten leichter gewesen, die Menschen auf dem Schlachtfeld als in den Rathsälen unter einen Hut zu bringen. —

Belgien.

Brüssel, 7. Mai. Die Anklagekammer hat Eyido, welcher den Mordanschlag auf den Prinzen von Wales machte, wegen Mordverdachts, und die Mithschuldigen Peert, Eusbot und Meire als Mithrheber bezw. Mithschuldige vor die Geschworenen verwiesen.

Italien.

Zum Raffia-Prozeß. (Mündl. Allg. Bg.) Am 10. Dezember 1899 wurde der Abgeordnete Palizzolo in Untersuchungshaft genommen. Seit nahezu fünf Monaten dauert die Untersuchung fort, und die Länge dieser Zeit, verbunden mit der für Italien ungewöhnlich strengen Geheimhaltung der Ergebnisse, hat die seltsamsten Gerüchte gezeitigt. Es fehlt freilich nicht an Skeptikern, die meinen, es werde schon der Raffia gelingen, seine Verurteilung zu hintertreiben, auch wenn der Prozeß, um die Zeugen dem Druck des Geheimnisses zu entziehen, wie es heißt, in Verona verhandelt wird. Inzwischen fährt aber der Prozeß von Palermo, Marschese de Seta, energisch den Kampf gegen die Raffia fort. In der Nacht vom 28. auf den 29. April sind wieder 34 bekannte Mitglieder des Geheimbunds aus ihren Betten geholt und verhaftet worden. Gegen sie alle hatte die Staatsanwaltschaft Verhaftungsbefehle wegen Teilnahme an Vereinigungen mit verbrecherischem Zweck erlassen und noch gegen 16 Andre, die man vorläufig nicht fassen konnte. Unter den Verhafteten sollen sich auch die Mörder der vier Aufseher befinden, deren Leichen man vor zwei Jahren in einem Brunnen fand und die Raffia „hingerichtet“ hatte, weil sie in einem Prozeß als Zeugen gegen einen dem Bund angehörenden Kollegen ausfragten. Im ganzen sitzen jetzt etwa 400 Raffiosi in Haft. —

Spanien.

Offiziersexzesse in Valencia. Infolge eines von dem „Progreß de Jativa“ veröffentlichten Gedichts begaben sich 70 Offiziere nach Jativa, um Genugthuung zu verlangen. Da sie den Verfasser des Gedichts nicht antrafen, richteten sie in der Druckerei des Platzs Verhörungen an. Der Generalkapitän hat die Untersuchung über den Vorfall eröffnet. Es erhebt sich dringend die Frage, daß Spanien, das von den ca. 750 Millionen des Gesamtstaats ganze 1 1/2 Millionen für den Schulunterricht ausbleibt, den Willkürakt gehörig reduziert, da die Herren Offiziere jetzt nach Verlust der spanischen Kolonien ihren Tugendbraug nicht anders austoben können, als indem sie in **Masse einen einzeln in Verhaftung zu überfallen und an unschuldigen Buchdruckmaschinen ihren Vandalismus auslassen.**

Demonstrationen gegen den Minister des Innern. Als der in Barcelona weilende Minister des Innern am 4. d. im Teatro del Liceo erschien, wurde er mit Weisfalschungen begrüßt, in welche sich Zwischenrufe und Pfeifen mischten. Auf Veranlassung des Generalkapitans wurde Gendarmerie herbeigerufen, welche die Ordnung wiederherstellte. Mehrere Personen wurden verhaftet. —

Schweden.

Stockholm, 7. Mai. Der Reichstag hat heute in gemeinsamer Abstimmung mit 212 gegen 140 Stimmen die Summe von 4 853 100 Kr. zu Befestigungen bewilligt, davon 2 147 000 Kr. für nächstes Jahr. Hiermit ist auch die von der Regierung verlangte Summe für die Festung Boden bewilligt. Die Minorität wollte die obige Summe für den Ausbau der jetzt schon existierenden Festungswerke bewilligen, nicht aber für die neuen Anlagen.

Afrika.

Vom Auslande der Afrikant. Die letzte englische Nachricht bestätigt nunmehr im vollen Umfang die Gefährlichkeit der Lage, in der die Engländer in Kamaffi sich befinden. Eine vom Sonntag, den 6. Mai, datierte Londoner Depesche lautet:

Vom dem Gouverneur der Goldküste sind vom 27. und 30. Apr. und vom 6. Mai datierte Telegramme aus Kamaffi hier eingegangen, aus denen hervorgeht, daß die Lage sehr ernst ist. Die Zahl der die Stadt einschließenden Afrikant wird auf 10 000 geschätzt. Die Hausstruppen, welche ihr Lager vor der Stadt hatten, waren gezwungen, dieses aufzugeben, und sich um das Fort zu sammeln, dessen Besatzung 858 Mann beträgt, darunter 18 Europäer. Die Aufständischen unternahmen zwei heftige Angriffe, der Kampf dauerte jedesmal drei bis vier Stunden. Die mit den Engländern verbündeten Eingebornen leisteten ausgezeichneten Widerstand. Von den englischen Truppen wurden 2 englische Offiziere verwundet, 4 Hauskrieger getötet und 10 verwundet, auch die eingebornen Hilfs-truppen hatten einige Verluste. Die eingeborne Gendarmen aus Lagos traf am 29. April abends nach zweitägigen blutigen Kämpfen in Kamaffi ein. In diesen Kämpfen wurden 5 Offiziere verwundet, 3 Mann getötet und 150 verwundet. Diese Verluste erfolgten meistens bei der Eroberung einer starken Stellung südlich von Kamaffi, welche von 8000 Aufständischen verteidigt war. Die letzte Depesche besagt, daß die Aufständischen sich in nur ganz kurzer Entfernung von der Stadt konzentrieren. —

Tierisch und Menschlich. Ueber einen in London tagenden Jagd-Kongreß liest man:

Einige von den Mitgliedern des Jagd-Kongresses in London sind hierher zurückgekehrt, weil in den Beratungen eine achtstägige Pause beschlossen worden ist. Die Verhandlungen sind als internationale in französischer Sprache geführt worden, wie auch das von der englischen Regierung vorgelegte Programm französischer Text hat. Schon jetzt unterliegt es keinem Zweifel, daß die Beratungen mit einer allgemeinen Abmachung über den Schutz der jagdbaren Tiere in Afrika enden werden. Im § 1 wird ein Verbot gegen das Abschleichen von Elefanten und Fehras ausgeprochen. Außerdem wird es den einzelnen Kolonialstaaten überlassen, für ihre Kolonien noch besondere Verbote hinsichtlich anderer Tiere zu erlassen. Den Elefanten soll dadurch Schutz gewährt werden, daß genaue Bestimmungen über die Ausfuhr von Elfenbein erlassen werden. Kleine Jagde, die auch nur einen sehr geringen Wert haben, dürfen nicht mehr in den Handel gebracht werden. Die Konferenz war von keinem Staate durch so viele und sachlich berufenen Personen besucht worden wie von der deutschen Seite.

Gegen das Abschleichen des Wildes in Afrika hat sich also ein Kongreß zusammengesunden, dessen Beschlüssen man jedenfalls auch nachdrücklich Beachtung zu verschaffen wissen wird. Gegen das Abschleichen der Menschen dagegen haben zwar jetzt erst wieder die „Deutsche Kolonialzeitung“ und „Petit Bleu“ Protest erhoben, ob es aber zu einem Kongreß zum Schutze dieses Menschenwildes kommen wird, ist noch zweifelhaft. —

Amerika.

New-York, 7. Mai. Der „New York Herald“ meldet aus Guayaquil: Am Sonnabend wurde ein Mordanschlag auf den Präsidenten von Ecuador, Alfaro, ausgeführt. Der Präsident wurde nicht verletzt. Der Thäter wurde verhaftet.

Die gelbe Gefahr macht sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten durch die massenhafte Einwanderung japanischer Kulis sehr unangenehm bemerkbar. Die „Ain. Bg.“ läßt sich darüber schreiben:

Mit jedem Dampfer, der von den japanischen Häfen nach San Francisco, Seattle im Staate Washington oder Victoria in British Columbia kommt, finden hunderte von den unscheinbaren, schlißartigen Kulis ihren Weg in das Gebiet der Vereinigten Staaten und drohen zu den schon vorhandenen und ungelösten Massenfragen noch eine neue hinzuzufügen. Die letzte Volkszählung, die nur allerdings schon ein Jahrzehnt zurückliegt, hatte nur 2039 Japaner aufgeführt, eine Zahl, die aber wohl auch damals ebenso weit hinter der Wirklichkeit zurückblieb wie die Angabe, daß nur 107 475 Chinesen im Lande lebten; denn es giebt kaum mehr eine Stadt in der Union, die nicht ihre kleine Chinesenansiedlung besäße, und es sei auch nur ein halb Duzend jener Wälder, die im ganzen Lande fast konkurrenzlos das Wäldergeräusch an sich gerissen haben. In der dritten Aprilwoche allein hat der japanische Dampfer „Rio Jun Maru“ von der großen Heberei Rippon Union Kiska in Seattle 600 japanische Zwischenbeder gelandet und gleich darauf in benachbarten Victoria, auf britischem Gebiet, noch weitere 800; der Dampfer „Goodwin“ brachte 1100 Kulis aus Tokio und weitere 700 werden mit der „Braemar“ erwartet. Damit scheint also die ungeheure Auswanderung, die sich von Japan seit Jahren nach den hawaiiischen Inseln gezogen hat, wo jetzt jeder Dampfer wenigstens tausend neuer Kulis landet, weiter östlich bis zur pacifischen Küste Amerikas vorgehoben werden zu sollen, und wenn dagegen nicht mit raschen gesetzgeberischen Maßnahmen vorgegangen wird, können sich interessante Dinge ergeben.

Zur Verhinderung der chinesischen Kuli-Einwanderung hat Amerika eine ganze Anzahl territorialer und staatlicher Gesetze erlassen müssen. Ob die Abwehr der japanischen Einwanderung sich so glatt durch eine ähnliche Gesetzgebung erreichen läßt, ist zweifelhaft, da einer solchen erst diplomatische Verhandlungen mit Japan, das einen bedeutenden Absatzmarkt für Amerika darstellt, vorangehen müßten. Uebrigens sollen die japanischen Arbeiter keineswegs so bedürftig und für die europäische Kultur unempfänglich sein, wie die hincisigen Kulis. —

Partei-Nachrichten.

Politisches, Gerichtliches usw.

— Grober Unfug. Ein Parteigenosse in Schkandig soll 9 M. Geldstrafe bezahlen auf Grund folgenden Strafbefehls: „Sie haben am 1. Mai 1900 in Schkandig groben Unfug verübt, indem Sie zur Verherrlichung der socialdemokratischen Partei beziehungsweise der socialdemokratischen Verbreitung zur Erlangung des achtstündigen Arbeitstages in ärgernis- und beorgniserregender Weise für einen größeren Kreis der Allgemeinheit eine weiche Fahne mit der roten Zahl 8 zum Fenster Ihrer Wohnung herausgingen, so daß sie von der öffentlichen Straße aus sichtbar war.“ Wer zweifelt daran, daß das grobe Unfug ist?

— Der Vorsitzende des Arbeiter-Bildungsvereins in Peggau in Cöschin, Genosse Rood, wurde vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Das Vergehen wurde darin erblickt, daß Rood zu einer Vorstandsstimmung einige nicht zum Vorstande gehörige Mitglieder hinzugezogen hatte. Damit sollte das Kriterium einer nicht angemeldeten Versammlung gegeben sein.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenheim in Paris. Die Union d'amies des Jeunes Altes (Verein der Freundinnen der jungen Mädchen) hat in Paris, 70 Avenue de Brocail ein Haus gemietet, um den jungen weiblichen Angestellten, die sich während der Weltausstellung in Paris aufhalten müssen, ein Heim zu bieten, wo ihnen jeder Mat, jede Hilfe gewährt werden soll. Das Bureau ist bereits eröffnet und es können sich alle die, denen darum zu thun ist, in einer guten Familie zu mäßigen Bedingungen Wohnung oder Pension zu erhalten, schon jetzt dahin wenden, um Auskunft zu erhalten. Da Paris besonders während der Ausstellung den unbeschäftigten, mit den französischen Verhältnissen unbedarften jungen Mädchen ein sehr gefährlicher Boden ist, wird das Heim des Vereins von früh 10 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet sein, um den jungen Mädchen, gleichviel welchen Standes, welcher Religion oder Nationalität, einen Erholungsort zu bieten, wo sie ihre freien Stunden nach der Arbeit des Tages verbringen können. Geseßliche Unterhaltungen, Konzerte, Vorträge, Konferenzen sollen stattfinden, bei denen die Mitglieder auch mitwirken sollen. Eine vielsprachliche Bibliothek ist vorgelesen, sowie Tageszeitungen aller Länder, so daß die in der Fremde weilenden ihre Muttersprache nicht ganz vermissen sollen.

Die patriotischen Festlichkeiten

aus Anlaß der Großjährigkeitserklärung des preussischen Kronprinzen sind nun vorbei. Einige Tage wird das Portal am Brandenburger Thor noch stehen bleiben zum Zeichen dafür, daß die Abneigung gegen diese Bauwerke eben keine grundsätzliche ist und daß man dem Weiten als provisorischen Theatersitzern gnädig bereitet, was dem Osten im Friedrichshain behäuflich verweigert worden ist. Die Summe, welche der kurzlebige Festschmuck dem Stadtbüchel kostet, soll sich auf das Dreifache der geforderten 50 000 M. belaufen; ganz ohne ein bißchen Regenjammer wird die Spenndividität dem liberalen Kommunalpatriotismus wohl nicht hingehen. Auch sonst bricht allmählich die Stimmung durch, die nach beabsichtigten Festen unvermeidlich ist. Patriotische Schwärmer wußten vorher allerhand von einer

Amnestie

zu erzählen, die diesmal ganz gewiß vom Kaiser erlassen werde. Die guten Deutschen sind abermals in ihrer Hoffnung getäuscht, und sie müssen sich mit dem ja auch immerhin erhebenden Bewußtsein begnügen, daß das Volk, wenn man die träge, politisch indifferente Masse der hurrarufenden Reuegerien mit diesem Ehrentitel belegen will, sich ja auch ohnedies von dem Glanz der Illumination und dem Anblick der Monarchen voll und befriedigt zeigt. Der glanzvollen Veranstaltung gab es am Sonntag als dem Hauptfesttage denn auch die schwere Menge. Morgens 8 Uhr wurde bereits in Gegenwart des Kaisers ein

Standbild in der Siegesallee

enthüllt. Es stellt den Kaiser Sigismund dar. Um 10^{1/2} Uhr wurde eine Festpredigt in der Schlosskapelle gehalten. Der Oberhofprediger Dr. Dryander benutzte die Predigt zu einer Ansprache an den Kronprinzen und sagte zu ihm:

Sei ein Mann, unverdorben durch das Lob der Menschen und unerbittert durch die Bosheit der Menschen, ein Mann, der gleichermaßen gefestigt ist gegen haltloses Schwanken und unzeitiges Nachgeben, wie gegen trotziges Eigenwillen und hochmütiges sich Ueberheben, ein Mann, der wie ein Fels im Meer Halt und Stütz für die Schwankenden ist, die an ihm sich aufrichten, ein Mann, um mit Ernst Moritz Arndt zu reden, der beten, glauben, lieben, streiten und sterben kann. Was braucht unsre Zeit mehr, unsre wilde Zeit nötiger, als solche Männer, was brauchen wir mehr als Herrscher, die solche Männer sind?

Und weiter: Je höher ein Menschenleben steht, um so schwerer die Versuchung, die Schranken menschlicher Ordnung zu brechen und dem eignen Willen für das höchste Gesetz zu halten, um so ernster die Aufgabe zu wandeln in der Sucht des lebendigen Gottes.

Dann hatte der Kronprinz eine Eidesleistung zu vollziehen und hierauf folgte eine Gratulationscours in der Schlosskapelle. Weiter fand ein Galadiner statt, bei der der Kaiser eine

Rede

hielt, aus der wir folgende Stelle hervorheben:

Ich möchte aber auch fernerhin darin den Ausdruck finden der gemeinsamen Bande, die alle Herrscherhäuser Europas umschlingen und die auf derselben Grundlage beruhen, auf der unser Haus aufgebaut ist, auf der Tradition. Worin diese besteht, das ist heute schon in der Kirche gesagt worden. In eifriger, ernster Arbeit für Volk und Vaterland, in langsamem Aufbau, in gemeinsamen Ertragen von Freud und Leid zwischen Herrscher und Volk hat sich unser Haus emporgearbeitet. Ertragen durch das Bewußtsein der von Gott ihnen gestellten Aufgabe haben meine Vorfahren die Grundlagen gelegt. Dieses Bewußtsein einer von Gott gestellten Aufgabe erfüllt einen Jeden, den Monarchen und Fürsten ebenso wie uns. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl der Majestäten, auf das Wohl der Souveräne wie aller der feuernen Vetter und Oheime, die heute anwesend sind, mit dem Wunsch, daß auch Ihnen in Ihrer Arbeit, einem jeden an seinem Teil, die Gemüthung zu Teil werden möge, das Empfinden zu besitzen, daß Ihr Volk und Ihr Vaterland Ihnen Ihre Arbeit so dankt, wie mit das meine.

Der Kaiser von Oesterreich antwortete in einem Trinkspruch auf den Kronprinzen.

Im Lauf des Tages hatte der Kaiser von Oesterreich die

Oesterreich-ungarische Kolonie

empfangen. Wir lesen über diesen Empfang in der „Berliner Montag-Ztg.“:

Nachdem der Kaiser die Vorstellung des Vorsitzenden des Vereins der Oesterreicher, Herrn Oeringemeurs Mandel, ferner diejenige des Vorsitzenden des Ungarereins, des böhmisch-slawonischen Vereins, des Mährischen Vereins, des Vereins der Bukowinaer und des Schwabenklubs „Austria“ entgegengenommen hatte, wandte sich der Monarch den übrigen Repräsentanten der Kolonie in huldvoller Weise zu. Auch diese Herren wurden durch Herrn Hofkämmerer, ebenso wie die Vorgenannten, dem Kaiser vorgestellt. Bei Herrn Direktor Siegmund Lautenburg erkundigte sich der Monarch über die künftigen Verhältnisse in Berlin und ob es stünme, daß die Oesterreicher ein „riesiges Kontingent unter den hiesigen Schauspielern stellen?“ „Es giebt ja hier ungeheuer viele Theater“, bemerkte der Kaiser. Mit stichlicher Gemüthung nahm der Kaiser Herrn Direktor Lautenburgs Mitteilung entgegen, daß gerade Künstler in österreichischer Nationalität es geschafft sei, in Berlin die größten Triumphe zu feiern. Ueberaus gnädig wandte sich nun der Monarch dem Herausgeber und Chefredacteur dieses Blatts, Herrn Victor Kahn, zu, den er ebenso wie jodann den Chefredacteur des Berliner „Wörten-Courier“, Herrn J. J. Landau, über ihre persönlichen Verhältnisse sowohl als auch über die von ihnen redigierten Blätter befragte und huldvollst die respectiven Antworten entgegennahm.

Abends reiste der Kaiser von Oesterreich ab. Kaiser Wilhelm brachte ihm mit großem Gefolge zum Bahnhof. Damit war die offizielle Feier zu Ende und die Illumination erlosch allmählich. Selbstverständlich waren den ganzen Sonntag erhebliche

Verkehrshindernisse

zu verzeichnen. Die Absperrungsmaßregeln nahmen am Abend, als die Zeit der Abreise des Kaisers Franz Joseph herannahte, einen bedenklichen Umfang an. Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde sorgten dafür, daß nicht allein die Straßen, die der Kaiser mit seinem Gast passieren mußte, gesperrt wurden, sondern auch der Wagenverkehr in den Nebenstraßen wurde wesentlich behindert, teilweise sogar gänzlich unterbunden. Schlimm stand es in der Potsdamerstraße. Vom Potsdamer Platz ab bis ziemlich nach Schöneberg standen hunderte von Wagen, elektrische und Pferdebahnen wie eine Mauer. Manche Fahrgäste waren ganz verzweifelt. Die Kalamität war um so größer, als Droßeln gar nicht zu haben waren. Die Droßeln waren um die Mittagszeit schon fast alle belegt und die wenigen in der Potsdamer und in den Nebenstraßen stationierten Gefährte waren bei dem Andrang des Publikums bald verschwunden. Durch die Absperrungen wurde der gesamte Verkehr im Westen Berlins auf das empfindlichste behindert.

Auch an

Unfällen

war der heiße Tag reich. Auf den fünf Wochen der freiwilligen Sanitätskolonnen wurden im ganzen 67 Extrankungs- und Unfallsfälle behandelt. Die Krankenwagen traten dreimal in Thätigkeit. Am Vorfrühling war ein Mann vom Hüftschlag getroffen worden. Die ihm sofort durch die Sanitätskolonne zu Teil werdende Hilfe rettete ihm das Leben. Die Frau eines bekannten Rennstallbesizers brach auf der Straße ohnmächtig zusammen. Auf der Rettungswache III der Sanitätskolonne gelang es zwar, die bei der Kranken unterbrochene Herzthätigkeit wieder herbeizuführen, da sie aber trotzdem wieder von Ohnmachtsanfällen ergriffen wurde, erfolgte ihre Ueberführung nach der Charité. Ein Dienstmädchen, welches sich mit dem fünfjährigen Töchterchen ihrer Herrschaft in das Gewühl unter den Linden wagte,

geriet derartig ins Gedränge, daß sie ohnmächtig wurde. Das Kind blieb glücklicherweise unbeschädigt.

Während der drei Festtage hat der von den Unfallsstationen in Gemeinschaft mit der Sanitätskolonne und dem Vaterländischen Frauenverein eingerichtete Sanitätsdienst in 307 Fällen eingegriffen müssen. In den Stationen wurden 200 Personen behandelt, während auf der Feststraße 98 Personen durch Mannschaften der Sanitätskolonne Hilfe fanden.

Viel beklagt werden in der bürgerlichen Presse die Schulkinder wegen des ihnen auferlegten anstrengenden Dienstes. Die Beamten haben gewiß hart heranzumüssen. Aber ihr Aufgebot mag im Gegensatz zu den oft nutzlosen Versammlungen bei socialdemokratischen Versammlungen in diesem Fall am Ende notwendig gewesen sein.

Kommunales.

Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. Die gemischte Deputation, welche vom Magistrat auf Antrag der Stadtverordneten u. Gen. zur Vorberatung eines Ortsstatuts behufs Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie eingeleitet worden ist, hat in ihrer heutigen, mehr als dreistündigen Sitzung den Beschluß gefaßt: dem Magistrat zu empfehlen, schon jetzt die Hausindustrie dem Kranken-Versicherungs-Gesetz zu unterwerfen und nicht erst zu warten, bis die Stadtgemeinde auf Grund der neueren gesetzlichen Bestimmungen (Antrag Hehl und Genossen) dazu gezwungen wird. Die Deputation hat ferner beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Ausdehnung auf Grund des von der Gewerbe-Deputation zuerst ausgearbeiteten Ortsstatuts auszusprechen.

Dieser erste Entwurf unterscheidet sich bekanntlich von dem zweiten dadurch, daß in demselben dem Zwischenmeister zwar die Meldepflicht obliegt, die Zahlungspflicht aber dem eigentlichen, sogenannten Ober-Arbeitgeber auferlegt wird. Im zweiten Entwurf sollte dem Zwischenmeister auch noch die Zahlungspflicht auferlegt werden. Von den vier anwesenden Magistratsmitgliedern haben drei mit der Majorität gestimmt; nur der Referent Stadtrat Weigert, ein Mißhändler des ersten Entwurfs, stimmte merkwürdigerweise dagegen. Neben dem Antragsteller Stadtrat Borgmann sprachen sich für die Ausdehnung und den ersten Entwurf aus die Stadtr. Rosenow und der Magistrats-Assessor Dr. Meyer. Man darf gespannt sein, wie der Magistrat in dieser für die Stadt und Hunderttausende ihrer Bewohner wichtigen Frage entscheiden wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Arbeiter (Tapezierer)! Der Bau Goethestraße 87 in Charlottenburg (Unternehmer Böttger, Oranienstraße 19) ist gesperrt. Ferner fordern wir die Bauarbeiter auf, da es wiederholt vorgekommen ist, daß ohne Karten von unsren Kollegen gearbeitet wurde, uns in unsrem Kampf dadurch zu unterstützen, daß sie sich von jedem Arbeiter die Karten resp. Streiklegitimationen vorzeigen lassen. Sämtliche Mitteilungen sind nach unsrem Bureau, Schützenstr. 18/19, Restaurant Winger, Amt I 3682, zu richten. Die Lohnkommission der Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Glasarbeiter! Wegen Verhinderung einiger Arbeiter haben die Glasarbeiter der Firma Dittmann, Berlin, Brandenburgerstr. 6, und Otto Matthes, Kommandantenstr. 16, die Arbeit eingestellt. Von der Firma Matthes fordern die Ausständigen in besonderer Weise Behandlung und Aenderung der neu eingeführten Arbeitsordnung. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten. — Verband der Glasarbeiter.

Deutsches Reich.

Der Streik der Schleppler auf der Renhof-Grube bei Venthen hat mit einem Sieg der Streikenden geendet. Diese haben die Lohnhöhung zugesprochen erhalten, die sie vor dem Streik forderten.

Wahregelungen anlässlich der Waiserei sind auch im ober-schlesischen Industriegebiet vorgekommen; besonders aus der Königs-hütte, obgleich der Arbeitermangel angeblich sehr groß ist.

Aus dem Osten. Auch in Elbing regt es sich in der Gewerkschaftsbewegung. Im September vorigen Jahres wurde hier eine Jobhülle des Centralverbandes der Arbeiter Deutschlands gegründet, die bis jetzt von ca. 800 am Ort arbeitenden Maurern 270 Mitglieder zählt. Im Januar wurde den Unternehmern eine Forderung gestellt, wonach eine elfstündige Arbeitszeit (früher 13) verlangt wird, ferner ein Stundenlohn von 40 Pf. pro Stunde (35 Pf. früher) und für Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde. Wahregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sollten nicht stattfinden. Die Unternehmer antworteten: Es lege kein Bedürfnis vor, den bisherigen Lohn zu erhöhen; ein nothwendiges Gehalt hatte denselben Erfolg, ebenso blieb eine Vermittelung durch den Gewerbe-Inspektor ohne Erfolg. In einer am 27. April abgehaltenen Versammlung wurde nun einstimmig beschlossen, am Sonnabend, den 28. April, abends, die Arbeit einzustellen.

Etwa 50 Maurer konnten gleich zu den neuen Bedingungen anfangen, 150 reisten sofort ab und blieben 90 im Streik, von welchen täglich einige abreißen. Arbeitswillige fanden sich 24. Der Kampf scheint ein harter zu werden, da es den Herren darauf ankommt, die Organisation zu zerlösen. Die Unternehmer suchen Arbeitswillige heranzuziehen, hauptsächlich wenden sie sich nach Schlesien. Es ist möglich der Zugang fernzuhalten.

Alle Schreiben und Sendungen sind an H. Kriese, Elbing, Bergschloßchen, zu richten.

Die Stuccaturen in Halle befinden sich im Streik. Bisher hat nur eine Firma mit 5 Arbeitern die Forderung bewilligt.

In Gießen streiken 170 Moler und Weibhinder um einen Minimallohn und procentuale Lohnhöhung.

Bei der Firma Schöller in Düren stehen die Weber jetzt 11 Wochen im Streik. Die Ausständigen gehören alle dem christlichen Textilverbande für Düren und Umgegend an. Der Streik ist durch die Wahregelung eines Vorstandsmitgliedes des Verbands entstanden. Dieser war 22 Jahre bei der Firma beschäftigt gewesen. Vor einigen Tagen wurden Verhandlungen angebahnt, um den Streik zu beenden. Die Firma wollte sich bedingungslos einem Schiedsgerichtsbescheid unterwerfen. Dieses Schiedsgericht bestand aber nur aus vier Arbeitgebern. Der Schiedspruch lautete: Die Firma stellt nur einen Teil der Arbeiter sofort ein, den andern nach Bedarf. Der Gemahregelte wird in einer andren Fabrik untergebracht. Auf die Frage der Verbandsleitung, wann der Gemahregelte denn eingestellt würde, erklärte der Vorsitzende des Schiedsgerichts: Wie die Aufträge kommen, oder es wird jemand krank, oder es tritt einer aus, oder es stirbt einer. Auf diese Bedingungen konnte der Vorstand nicht eingehen, denn im Laufe der letzten 2 Jahre sind schon 10 Vorstandsmitglieder des Verbands gemahregelt worden. Der Streik dauert also fort. Ob die Führer der christlichen Organisationen jetzt bald einsehen, daß es den Kapitalisten nur darum zu thun ist, die Organisation der Arbeiter zu zerlösen, ganz gleich, ob dieselbe christlich oder socialdemokratisch ist?

Arbeiterausstände in Essai-Lothringen. Die Textilarbeiter in Vogelbach bei Colmar sind in den Aufstand getreten, an dem sich bisher etwa 150 Weber der Firma Hausmann beteiligen. Wie die „Straßburger Post“ berichtet, stehen bereits 450 Weber still. Die Arbeiter verlangen unter dem Hinweis auf die gestiegenen Preise aller Lebensbedürfnisse eine Lohnhöhung von 10 Prozent, wozu die beteiligte Firma nicht eingehen zu können erklärte. Seitens der Streikenden ist die Vermittlung des Kreisdirectors Dr. Curtius in Colmar angetufen worden, doch konnte eine Verständigung bisher noch nicht herbeigeführt werden. Die weitere Ausdehnung des Streiks ist wahrscheinlich.

In Buchsweiler legen die beim Bau der Wasser- und Gasleitung beschäftigten italienischen Erdarbeiter wegen ungenügender Entlohnung die Arbeit nieder.

Rußland.

In Ungarn bereiten sich neue Feldarbeiterkreise vor. Der Telegraph berichtet: Lemberg, 7. Mai. Im Bezirk Wischnjce verweigern die Feldarbeiter wegen Nichtbewilligung der von ihnen verlangten Lohnhöhung die Arbeit. Militär ist insgesam nach dort abgegangen.

Der Zehntfundentag bei den Tramwaybediensteten. Am 1. d. M. trat in London die neue Arbeitsordnung in Kraft, die der Londoner Grafschaftsrat (Gemeinderat) für die Tramwaybediensteten kürzlich beschlossen hatte. Die Wagenführer und Konduktoren der städtischen Tramway, die früher den zwölfstündigen Arbeitstag hatten, haben nach ihr nur mehr zehn Stunden täglich Dienst zu machen. Ueberdies bekommen sie jetzt jede Woche einen halben Tag ganz frei. Diese namhafte Herabsetzung der Arbeitszeit wurde natürlich ohne jegliche Lohnverminderung durchgeführt. — In Berlin sind von der Gemeindevertretung ähnliche Beschlüsse gefaßt, nur mit dem Unterschied, daß sich die Straßenbahn-Gesellschaft nicht daran lehrt.

Versammlungen.

Waldorf. Die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbands macht ihren Mitgliedern bekannt, daß die Urabstimmung nur da vorgenommen werden soll, wo die Mitglieder ihre Beiträge bezahlen.

Verichtigung. Zu unserm Bericht über die Versammlung der Nummer in Nr. 104 des „Vorwärts“ geht uns die Mitteilung zu, daß die Angabe, bei der Firma Krüger seien die Arbeiter nach dem 1. Mai gemahregelt worden, unrichtig ist. Die Arbeiter haben am Montag und Dienstag nicht gearbeitet und sind am Mittwoch nur zur Arbeitsstätte gekommen, um ihre Sachen zu holen. Sie haben das Arbeitsverhältnis aufgegeben, ohne daß eine Entlassung erfolgte.

Bildungsverein Mehr Licht. Mittwoch, den 9. Mai, bei Gärtner: Mitgliederversammlung. Gähle willkommen.

Verband deutscher Barbier, Friseur etc. (Zweigverein Berlin.) Dienstag, den 8. d. M., abends 10^{1/2} Uhr, bei Kantendriest, Nr. Frankfurterstraße 68: Eröffnung der Fachschule im Schminke. Anmeldung von Teilnehmern.

Der Krieg.

Die Engländer scheinen jetzt den Vormarsch forcieren zu wollen. Lord Roberts hat sich, nachdem die Boerenkommandos im Westen von Bloemfontein zurückgeworfen sind, nicht, wie man nach seiner bereits zwei Monate während Ruhe hätten annehmen können, auf seinen Vorposten ausgerückt, sondern einen energischen Vorstoß nach Norden unternommen. Den Widerstand der sich ihm entgegenstellenden Boerenabteilungen hat er vermöge seiner gewaltigen numerischen Uebermacht leicht überwinden können. Das Terrain mag für die Boeren unangünstig, dagegen die Gefahr, durch Planenbewegungen abgeschnitten zu werden, bedrohlich gewesen sein. Gewisse Korrespondenzen berichten auch wieder einmal von einem Nachlassen des Kampfesmuths der Boeren. Was daran Wahres ist, läßt sich schwer beurteilen. Jedenfalls befand sich Lord Roberts am 6. Mai bereits in Smalbeck nördlich vom Ret River, ca. 60 Kilometer nord-nord-östlich von Bloemfontein. Der Weg bis nach Kroonstad, wo der Hauptwiderstand der Boeren erwartet wurde, ist ziemlich ebenso weit.

Die vorliegenden Depeschen lauten:
London, 6. Mai. Dem Reuterschen Bureau wird aus Warrenton vom 5. Mai gemeldet: Die Brigade Barton, bei welcher sich der Divisionsgeneral Hunter befindet, überschritt den Baalfluss bei Bindfontein. Die Boeren räumten Bindfontein und Klippdam und zogen nordwärts. Barton folgt dem Feinde und beschickt ihn häufig.

London, 6. Mai. In Ergänzung seiner Meldung vom 5. d. Mts. teilt Feldmarschall Roberts mit: Die Ueberbreitung des Baalflusses durch Guiton erfolgte unter schwerem feindlichen Beschuß und Gewehrfire. Lord Roberts drückt jedoch die Hoffnung aus, daß die Verluste der Engländer nicht schwer seien. Während Jan Hamilton Freitag die Vereinigung zweier Boerenkommandos durch eine gut ausgeführte Bewegung einer Abteilung der Donkeshof-Kavallerie, der 12. Lancers und der britischen Reitertruppe verhinderte und den Boeren schwere Verluste zufügte, vertrieb die Brigade Macdonald den Feind aus seiner Stellung auf der rechten Flanke unter Deckung durch Marinegeschütze. Hierbei zeichnete sich das Regiment Mac Bata besonders aus. Hamilton rückte gestern über den kleinen Keisich. Die Boeren, die der Brigade Bartons gestern zwei Meilen nördlich von Klippdam gegenüber standen, hatten eine starke, vier englische Meilen lange Stellung inne. Bartons Truppen marschirten vortrefflich und nahmen einen Verglamm nach dem andern.

London, 6. Mai. Dem Reuterschen Bureau wird aus Thabanku vom 5. Mai gemeldet: Die Kolonne Rundle verfolgte die Boeren und erreichte sie. Nach einem lebhaften Artilleriefire waren die Boeren gezwungen, sich von dem Kopje, welches sie besetzt hatten, zurückzuziehen.

London, 7. Mai. Feldmarschall Roberts meldet in einer Depesche aus Smalbeck vom 6. Mai nachmittags: Wir haben heute morgen den Ret-Fluß überschritten und haben unter Leger, jetzt in Smalbeck aufgeschlagen. Der Feind ist in vollem Anzuge nach dem Sand-Fluß und nach Kroonstad. Die gestrige Umgebungsbeziehung der britischen Infanterie wurde in glänzender Weise ausgeführt. Wir eroberten ein Maximgeschütz und machten 25 Gefangene. Unre Verluste betragen: 15 Verwundete, 1 Toter, 3 Vermißte.

Die Engländer beanspruchten früher für sich den Ruf, auch bei ungenügendem Stand der Dinge, die Wahrheit zu sagen. In früheren Zeiten, in den Kriegen mit Napoleon und später auch im Krimkrieg, thaten sie dies auch wirklich. Der Boerenkrieg, der den Engländern so viel Schlimmes gebracht, scheint ihnen auch diese gute Eigenschaft genommen zu haben. Keine Regierung, nicht die französische des Napoleon, über welche man in England so oft gepöppet, nicht einmal die russische hat mit ihren Kriegsnachrichten unverkämter gelogen, als die Engländer mit ihren sibirischen Vullstins. Und seit die Verhandlungen des englischen Parlaments es vorige Woche an den Tag gebracht haben, daß die englische Regierung einen wichtigen Bericht des Oberbefehlshabers Forriqieren und verflümmeln wollte, können wir englischen Kriegsberichten auch nicht den mindesten Glauben beimessen.

Lehne Nachrichten und Depeschen.

Die französischen Gemeindevahlen.

Die neuesten Nachrichten über die Resultate der Kommunalwahlen scheinen von neuem die merkwürdige Erfahrung zu bestätigen, daß ein großer Teil der Pariser Bevölkerung politisch viel unverständlicher ist, sich häufig von augenblicklichen Stimmungen leiten läßt, als die Provinz. Denn wie das folgende, in später Nachtstunde eingehende Telegramm zeigt, scheint sich der Sieg der Rationalisten in der That auf die Hauptstadt zu beschränken.

Paris, 7. Mai. Die Gemeindevahlen in den Provinzen sind, wie die „Agence Havas“ meldet, durchaus zu Gunsten der Republikaner ausgefallen und bedeuten eine Niederlage der Rationalisten. Die Republikaner verloren nirgends Sitze und gewannen an vielen Orten neue. Mehrere oppositionelle Deputierte, wie de Kamel, Graf d'Anlan und andre unterlagen. Die Wählerschaft ist also, wie die „Agence Havas“ ihrer Meldung hinzufügt, in ganz Frankreich durchaus republikanisch gestimmt. (Vergl. Politische Uebersicht.)

London, 7. Mai. (W. T. U.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Ugandaabstimm-Vorlage mit 226 gegen 53 Stimmen an. **Wapel, 7. Mai, abends.** (W. T. U.) Seit 45 Stunden wüßt der Versuch andauernd Lavamassen aus. Der Ausblick ist hoffnungslos.

Reichstag.

157. Sitzung. Montag, den 7. Mai, 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied Graf v. Sadowitz, v. Podbielski. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzes betr. Postdampfschiffs-Verbindungen mit Afrika.

Durch § 1 soll der Reichskanzler ermächtigt werden, nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrags die Einrichtung und Unterhaltung einer 14-tägigen Postdampfschiffs-Verbindung mit Ostafrika und einer vierwöchentlichen Postdampfschiffs-Verbindung mit Südafrika auf eine Dauer bis zu 15 Jahren an einen geeigneten deutschen Unternehmer zu übertragen. Die Subvention soll von 900 000 auf 1 350 000 M. erhöht werden.

Die Kommission (Berichtersteller Dr. Witt (C.)) beantragt unveränderte Annahme.

Ferner beantragt die Kommission folgende Resolution: Der Herr Reichskanzler möge mit dem betreffenden Unternehmer eine Vereinbarung dahin treffen, daß der Herr Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte des Auslands, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren — mit Ausnahme von Tabak, Bienenwachs, Häuten, Fellen und Wolle — von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen.

Abg. Kees (Soz.):

Das Bemerkenswerteste in der Kommission war, daß die eingebrachten Entwürfe später wieder zurückgezogen wurden und sich in Resolutionen verwandelten. Zum Schluß fragte der Berichterstatter, ob ein Vorschlag aus der Kommissionsdebatte von ihm im Plenum zu erwähnen oder wegzulassen sei. Das bezieht sich auf eine Debatte über die in einem Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd stehende Bestimmung, nach der dem Reichskanzler das Recht zusteht, einzelne Artikel von der Beförderung durch subventionierte Dampfer auszuschließen. Der Regierungsvertreter Dr. Zimmermann gab dazu bekannt, daß man in Deutsch-Ostafrika mit der Absicht umgeht, einen größeren Anbau von Weizen vorzunehmen (Hört! hört!), ferner daß einzelne Gesellschaften mit der Anpflanzung von Bäumen, welche einen ausgezeichneten Gerbstoff enthalten, vorgegangen seien. Nun wurde von Herrn Dr. Dertel verlangt, daß die Beförderung solcher Gegenstände aus den Kolonien durch subventionierte Dampfer nicht ermöglicht werden dürfe. Er verlangt, daß diese Unternehmen in den Kolonien vom Reich nicht gefördert werden dürften, damit die heimischen landwirtschaftlichen Produkte nach der Richtung hin nicht eine neue Konkurrenz erhalten. Vom Regierungsvertreter wurde eine entsprechende Antwort gegeben. Von den Vertretern der anderen Parteien wurde darauf hingewiesen, daß es wunderbar erscheine, wenn man Millionen für die Kolonialpolitik ausgeben, und daß man deshalb zufrieden sein müsse, wenn dort Anbau von landwirtschaftlichen Produkten stattfindet, die eventuell einen Nutzen aus den Kolonien ermöglichen. Wir sind, wie Sie ja wissen, für die gegenwärtige Kolonialpolitik nicht zu haben und haben der Subvention für solche Postdampferlinien unsere Zustimmung nicht gegeben. Wenn man schon in den Verträgen des Norddeutschen Lloyd mit dem Reich Bestimmungen dieser Art vorgesehen sind, wenn wir ferner wissen, daß es von Seiten des Reichskanzlers aus Grund des Art. 26 des Subventionsvertrags verboten ist, die Beförderung von ausgeschlachtetem Fleisch, Butter und andern Konsumprodukten mit deutschen Postdampfern vorzunehmen, und hiermit das Verlangen der Konservativen vergleichen, auch noch Getreide und Gerbstoffe aus den deutschen Kolonien von der Beförderung durch subventionierte Dampfer auszuschließen, so muß man sich wirklich fragen, wohin das führen soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland ist mit einem Teil seines Konsums in Bezug auf Weizen und Gerbstoff auf das Ausland angewiesen. Da kann man nur zufrieden sein, wenn die Kolonien wettbewerbsfähig in die Welt treten. In der Kommission wurde von Seiten der Konservativen folgendes geltend gemacht: Wenn Sie das an die Öffentlichkeit bringen, wenn die deutschen Landwirte erfahren würden, daß das Kolonialamt den Anbau von Getreide, die Fleischproduktion und die Produktion von Gerbstoffen so fördert, dann würden sich die Freunde der deutschen Kolonialpolitik in Gegner verwandeln. Aus grundsätzlichen Gründen der Kolonialpolitik muß darum zu tun sein, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir werden ja sehen, ob bei der nächsten Wahl die deutschen Landwirte der Ansicht sind, daß die Kolonien nur Kohlen- und Schiffahrts-Stationen sind oder ob sie erwerbsfähig gestaltet werden sollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dertel (Soz.):

Meine Freunde bitten Sie, den § 1 unverändert anzunehmen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Regierung bitten, daß möglichst zu den von zu bauenden Schiffen nur deutsches Material benutzt werde und daß die Agenten im Auslande nur deutsche Staatsangehörige sein mögen. Wir können ja auch nur deutschen Proviant verlangen, verzichten aber darauf, Sie wissen ja, wie beschaffen wir sind. (Weiterkeit.) Was die Resolution anlangt, so erwarten wir, daß der Anbau solcher Produkte in in unsern Kolonien möglichst gefördert werde, welche unsere Landwirtschaft nicht konkurrenz machen. Da in der Resolution ja kein unmittelbares Verbot der Einfuhr irgend welcher Produkte ausgesprochen ist, so ist ihre Annahme ganz unbedenklich. Ueberflüssig ist sie nicht, denn wenn auch zur Zeit äußerst wenig aus den Kolonien eingeführt wird, so kann sich das in 15 Jahren sehr ändern. Die Befürchtung, von der man gesprochen hat, daß der Herr Reichskanzler auch daran denken könnte, die Einfuhr von Ananas zu verbieten, weil er der Exotik Konkurrenz machen könne (Weiterkeit) teile ich nicht. Uebrigens liegt durchaus kein Gegensatz zwischen der Subventionierung der Dampfer und dem Verlangen der Resolution. Wir sind eben nur für einen gesunden, vernünftigen Verkehr, der der heimischen Arbeit neue Absatzgebiete erschließt. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Sadowitz:

Die Bedeutung der Postdampfer-Verbindung liegt nicht nur in der Förderung des Postverkehrs, sondern vor allem auch auf handelspolitischem Gebiet. Daher ist es ganz selbstverständlich, daß die subventionierten Schiffe mit deutschem Material gebaut werden, deutsche Besatzung und deutschen Proviant führen. Ebenso klar ist es, daß die Dampfer nicht subventioniert werden, um die Konkurrenz des Auslands zu unterstützen, sondern um die heimische Produktion und deren Absatz zu fördern. (Bravo! rechts.)

Abg. Brömel (fr. Sg.):

Wir werden für den Paragraphen stimmen, bitten Sie aber, die Resolution abzulehnen. Wenn dieselbe auch in der Kommission abgelehnt ist, so trat doch aus den Ausführungen des Herrn Abg. Dertel klar hervor, was sie eigentlich bezweckt. Ein Verkehr, der nur neue Absatzgebiete erschließen will, ist ein Lüding. Es giebt keinen Weltverkehr, der nicht auf der Grundlage der Leistung und Gegenleistung beruht. Wenn wir für unsere Produkte Absatzgebiete haben wollen, müssen wir auch ausländische Produkte zu uns hereinlassen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Arendt (Fr.):

Die Resolution wendet sich natürlich nicht gegen Produkte der Kolonien, sondern nur gegen solche des Auslands. Wenn man, wie Herr Brömel, den gegenseitigen Austausch von Produkten will, so muß man vor allem dafür sorgen, daß das Ausland auch auslandsfähig bleibt. Ich möchte noch meine Freude darüber ausdrücken, daß die ganze Verhandlung über diese Vorlage zeigt, welche Fortschritte der koloniale Gedanke in Deutschland gemacht hat. Wenn man bedenkt, wie heftig seiner Zeit die erste Dampfersubvention be-

kämpft wurde, und wie sympathisch jetzt die vorliegende Vorlage aufgenommen wird, so muß man in dieser Entwicklung einen erfreulichen Fortschritt erblicken. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß die Annahme der Vorlage wie der Resolution dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst thun wird, und werden daher für Vorlage und Resolution stimmen.

Abg. Vebel (Soz.):

Wir sind keineswegs die ersten gewesen, die solche Dampfersubventionen eingeführt haben. Die Franzosen, Italiener und ich glaube auch die Desterreicher sind uns in der Beziehung vorangegangen. Aber in keinem Verträge dieser Länder wird eine ähnliche Bestimmung enthalten sein, wie wir sie den betreffenden Gesellschaften zumuten. Auf der einen Seite will man den Handel und Verkehr nach allen möglichen Richtungen unterstützen und schließlich auf der andern Seite im Interesse der Agrarier die Einfuhr einzelner Produkte aus. Auch bei der Flottenvorlage ist es ja so. Auf der einen Seite soll die Förderung des Handels dienen und auf der andern Seite erhebt man bei ihrer Beratung die Frage, ob die Landwirtschaft bei den Handelsverträgen durch erhöhte Zölle genügend geschützt werde. Das ist eine Politik, die einer, der die Verhältnisse in Deutschland, wo ja die Agrarier die regierende Partei sind, nicht kennt, absolut nicht begreifen kann. Allerdings ist ja in die Resolution aufgenommen, daß nur landwirtschaftliche Produkte des Auslands nicht von den Dampfern angenommen werden sollen. Sie haben also vorläufig die Artikel der deutschen Kolonien nicht getroffen, sie haben das aber nur gethan, weil vorläufig nach dem Zustande der deutschen Kolonien nicht daran zu denken ist, daß aus ihnen irgendwelche Produkte von Wert nach der Heimat eingeführt werden, die den Herren Agrariern Konkurrenz machen können. Wenn aber die Kolonien sich so entwickeln sollten, daß auch die Produktion derartiger landwirtschaftlicher Produkte in ihnen möglich wäre, dann würden die Herren Agrarier auch die Einfuhr dieser sofort verbieten. In Ostafrika ist ja allerdings der klimatische Verhältnisse wegen auch in Zukunft an eine solche Industrie nicht zu denken, wohl aber in Westafrika. Ich bin gar nicht der Ansicht, aber es behaupten viele, daß dies die Kolonie ist, die am meisten Aussicht hat zu prosperieren. Wie soll das anders geschehen, als durch Viehzucht und Ackerbau. Natürlich wird diese Produktion dann zuerst nach dem Mutterlande ausgeführt werden, und wir werden es ersehen, daß während wir ungenügend Mittel bewilligen, um unsere Kolonien nach Möglichkeit produktionsfähig zu machen, wir, wenn sie ansehnlich geworden sind, den deutschen subventionierten Dampfern verbotenen den Handelsverkehr von dort zu übernehmen. Das ist doch eine Kolonialpolitik, die allem natürlichen Verlauf widerspricht, und sie allein könnte uns bestimmen, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Wenn man den Begriff der landwirtschaftlichen Produkte sehr weit faßt, so würden gerade diejenigen Produkte, welche heute die Hauptfrucht unserer subventionierten Dampfer ausmachen, darunter fallen. Denn man aber an Weizen und dergleichen, so ist die Resolution ganz überflüssig, denn an eine erhebliche Einfuhr solcher Produkte aus diesen Zonen ist gar nicht zu denken. Ich bitte Sie also die Resolution abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion.

§ 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Volkspartei angenommen. Ebenso die Resolution, gegen welche auch die freisinnige Vereinigung stimmt.

§ 2 regelt die Fahrgehwindigkeit für neu zu erbauende Schiffe. Die Kommission beantragt Annahme und eine Resolution, wonach die Fahrgehwindigkeit im Rahmen des Gesetzes thmlichst erhöht werde.

Das Haus befaßt sich demgemäß gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten. Der Rest des Gesetzes wird debattelos nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso Einleitung und Ueberschrift. Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die

Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

Die Beratung wird fortgesetzt mit § 7b des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Der Paragraph lautet nach den Beschlüssen der Kommission: Der Vorstand der Berufsgenossenschaft kann einem Rentempfänger auf seinen Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhans oder in ähnliche von Dritten unterhaltene Anstalten auf Kosten der Berufsgenossenschaft gewähren. Der Aufgenommenen ist auf ein Vierteljahr und, wenn er die Erklärung nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraums zurücknimmt, jedesmal auf ein weiteres Vierteljahr an den Verzicht auf die Rente gebunden. Hier beantragen die Sozialdemokraten,

- a) im ersten Satz statt „an Stelle der Rente“ zu setzen: „an Stelle eines Betrags der Rente, der 300 M. nicht übersteigt“; b) Satz 2 zu streichen; eventuell hinter „wenn er“ einzufügen: „trotz schriftlicher Auftrags seitens des Vorstandes der Berufsgenossenschaft, ob er in der Anstalt verbleiben wolle.“

Abg. Fischer (Sachsen) (Soz.):

Der Paragraph kann doch nur den Sinn haben, daß den Verletzten eine Wohlthat damit erwiesen werden soll. Nun kann aber der Fall eintreten, daß ein Verletzter mehr Rente bezieht, als der Aufenthalt im Invalidenhans kostet. Das wird namentlich bei alleinverdienenden Empfängern hoher Renten der Fall sein. Unser Antrag will deshalb festsetzen, daß den Verletzten in einem solchen Falle der 300 M. übersteigende Betrag der Rente bleibt. Zum zweiten soll ihm der Austritt aus dem Invalidenhans möglichst erleichtert werden. Der einfache Arbeiter soll aufmerksam gemacht werden, daß ihm das Recht zur Austrittserklärung freisteht.

Geb.-Rat Caspar

bittet, beide Anträge abzulehnen. Der Betrag von 300 M. werde in den meisten Fällen zu gering sein. Zu dem zweiten Antrag liege kein genügender Anlaß vor.

Hiermit schließt die Diskussion.

Die sozialdemokratischen Anträge werden sämtlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; § 7b wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Der Abg. Herr v. Nichtshofen-Damsdorf (L.) beantragt, nach § 7b einen § 7c einzufügen, nach welchem durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbands für seinen Bezirk bestimmt werden kann, daß Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht nach Verordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schenkstätten nicht verabfolgt werden dürfen, die Rente bis zum vollen Betrag in Naturalleistungen zu gewähren ist. Der Wert der Naturalleistungen wird nach Ortsdurchschnittspreisen in Ansatz gebracht.

Abg. Herr v. Nichtshofen-Damsdorf:

Dieser Antrag ist in der Kommission verschiedene Male angenommen. Ganz ähnlich hat sich auch der Reichstag im vorigen Jahre beim Invalidengesetz entschieden. Der Antrag geht von rein humanitären Gesichtspunkten aus. Er will lediglich die Familien von notorischen Trunksündern schützen. Sie haben ja auch beschlossen, daß im Falle der Lösung einer Frau, deren Mann sich ohne gesetzlichen Grund von der ehelichen Gemeinschaft ferngehalten hat, die Kinder die Rente erhalten. Hier wünsche ich nun, daß auch bei Lebzeiten der Frau, deren Mann nicht für seine Familie sorgt, diese für sich und ihre Kinder die Rente auch wirklich erhält.

Abg. Dr. Cypergest (C.):

Die Regierung hat in ihrer Vorlage eine solche Bestimmung nicht gebracht, hält sie also jedenfalls nicht für nötig. Der Antrag

ist auch überflüssig, denn ist der Trunksünder entmündigt, so bekommt er einen Vormund und dieser erhält die Rente. Ich bitte Sie deshalb den Antrag abzulehnen.

Abg. Koch (Soz.):

Herr v. Nichtshofen sagte, er hätte seinen Antrag nur aus humanitären Gründen gestellt. Es ist nur bedauerlich, daß die Herren ihre Humanität nicht schon früher bewiesen haben. Sie hätten doch mehrfach Gelegenheit dazu bei unseren Verbesserungsanträgen gehabt. So wäre es z. B. aus humanitären Gründen sehr angebracht gewesen, wenn Sie unsern Antrag zugestimmt hätten, für die Rente einen Mindestbetrag festzusetzen, damit den verunglückten Arbeitern wenigstens ein nothdürftiger Lebensunterhalt garantiert wäre, aber dagegen haben Sie sich gewandt und bei einem solchen Verhalten müssen wir gegen ihre angebliche Humanität sehr mißtraulich sein. Der Antrag Nichtshofen bedeutet direkt eine schwere Ausnahmestimmung gegen die Arbeiter. In keinem andern Pensionsgesetz ist eine ähnliche Bestimmung enthalten. Sie werden aber doch zugeben, daß z. B. auch in den Kreisen der Offiziere es ebenfalls Säufer giebt. Ich erinnere nur an den Prozeß der Harmlosen, wo Sie doch die Herren Ihrer Gesellschaft gesehen haben, die durch Trunksucht, Spielwut usw. ihr Vermögen vergebenden. Wo übrigens die Zahl der Säufer höher ist, bei den Offizieren oder bei den Arbeitern, ist noch gar nicht entschieden. Unter diesen Umständen sollte man mit einer solchen Ausnahmestimmung nicht kommen. Ihr liegt die Annahme zu Grunde, als ob unter den Arbeitern derartige Trunksünder ganz besonders häufig vorkämen. Sie bedeutet also eine unerhörte Verschlimpfung der ganzen Arbeiterklasse, und der Herr Vorkredner hat nicht im mindesten den Nachweis erbracht, daß eine derartige Maßregel notwendig ist. Wenn gewohnheitsmäßige Trinker nicht genügend für den Unterhalt der Familie sorgen, genügen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchaus, um ihn zu entmündigen, und dann bekommt er die Rente nicht. Ferner wenn ein Rentempfänger sein Geld für andre Zwecke ausgiebt und seine Familie dadurch in Not gerät, so daß die Armenverwaltung genötigt ist, sie zu unterstützen, dann hat die Armenverwaltung das Recht, auf die Rente Beschlagnahme zu legen. Die heutigen rechtlichen Bestimmungen reichen also vollkommen aus, und ich bitte Sie dringend, den Paragraphen abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Wir haben zwar darauf verzichtet, Verbesserungsanträge zu stellen, werden uns aber ebenso gegen jede Verschlechterung des Gesetzes wenden und deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. Lehr (nall.): Meine Freunde werden, wie Herr v. Nichtshofen ausführte, aus rein humanitären Gründen für diesen Antrag stimmen.

Abg. Frdr. v. Nichtshofen (L.): Wenn wir nicht für alle humanitären Vorschläge der Sozialdemokraten eingetreten sind, so hat das daran gelegen, daß wir stets zunächst die Grenzen der Ausführbarkeit und Möglichkeit erwogen. Von einer Verleumdung der Arbeiter kann keine Rede sein, es handelt sich nur um eine kleine nützliche Maßregel.

Abg. Koch (Soz.): Die Debatte hat unzweideutig ergeben, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausreichen, um die humanitären Zwecke des Herrn v. Nichtshofen zu erreichen. Es handelt sich also in der That nur um eine Ausnahmestimmung.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

§ 8 bestimmt, daß falls der Vermögensstand von einer Kranken-, Sterbe- und anderen Unterstützungskasse eine fortlaufende Unterstützung erhält, den betreffenden Klassen durch fortlaufende Ueberweisung von höchstens der halben Unfallrente Ertrag zu leisten ist. Damit verbunden wird die Beratung von § 8a.

§ 8a ist von der Kommission in der Fassung der Regierungsvorlage beibehalten und lautet:

Der Antrag auf Ueberweisung von Rentenbeträgen (§ 8 Abs. 2-5) ist bei der Berufsgenossenschaft anzumelden; soweit es sich um den Ertrag für eine vorübergehende Unterstützung handelt, ist der Anspruch bei Vermeldung des Anschlusses spätestens binnen drei Monaten seit Beendigung der Unterstützung geltend zu machen.

Streitigkeiten, welche aus den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 bis 5 zwischen den Beteiligten über den Anspruch auf Ueberweisung von Rentenbeträgen entstehen, werden im Verwaltungsverfahren und, wo ein solches nicht besteht, durch die dem Ertragberechtigten vorgesetzte Aufsichtsbehörde entschieden. Die Entscheidung der letzteren kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung im Wege des Rekurses nach Maßgabe der §§ 20-21 der Gewerbe-Ordnung angefochten werden.

Die nationalliberalen und konservativen Abg. Dr. Lehr, Herr v. Nichtshofen-Damsdorf, Börner beantragen einen andern § 8a, durch den die in § 8 bezeichneten Klassen (eingeschriebenen Hilfsklassen sowie der sonstigen Kranken-, Sterbe-, Invaliden und anderen Unterstützungskassen), welche ihren nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen verschafften Mitgliedern bei Unfällen Renten oder Kapitalien gewähren, berechtigt werden, diese Unterstützungen für solche Personen, welche auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen einen Anspruch auf Unfallrenten haben, um den Betrag des letzteren oder einen geringeren Betrag zu ermäßigen, sofern gleichzeitig die Beiträge der Betriebsunternehmer und der Kaffeemitglieder oder im Fall der Zustimmung der Kaffeemitglieder in entsprechendem Verhältnis herabgemindert werden.

Abg. Dr. Lehr (nall.):

Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, denn wenn die Fassung der Vorlage Gesetz wird, so ist die Existenz der Anappphastklassen gefährdet, da sie nicht in der Lage sein werden, die hier von ihr verlangten höheren Leistungen aufzubringen. Gleichzeitig ist es leicht möglich, daß ein Arbeiter, wenn er sowohl Unfallrente als auch die Unterstützung der Anappphastklasse erhält, eine höhere Summe bezieht, als er selber als Lohn verdient hat. Sie verlangen, daß die Anappphastklasse berechtigt sein soll, wie bisher die Vollrente auf ihre Leistungen einzuziehen. Man hat nun dagegen die Bedenken erhoben, daß auch die Arbeiter selbst zu den Anappphastklassen Beiträge leisten hätten. Das ist ja wahr und es bleibt eben nichts übrig, als daß man die Beiträge der Anappphastklassen, die ja auch zum Teil von den Arbeitern geleistet werden, herabsetzt.

Gebietnnt von Wochte erklärt den Antrag für überflüssig und bittet, es bei der Fassung der Vorlage zu belassen. Schon der heutige Zustand erlaubt es denjenigen Klassen, die sich durch die Mehrleistung beschwerft fühlen, ihre Leistungen herabzusetzen.

Abg. Stübel (C.):

Ich bitte Sie, den Antrag Lehr abzulehnen und es bei dem § 8 zu belassen. Es kann nur verbitend wirken, wenn z. B. ein Arbeiter, der in einer Fabrik ist, die keine Unterstützungskasse hat, die volle Rente bekommt, wenn er verunglückt, und ein anderer in einer Fabrik, in der er zu einer Unterstützungskasse jahrelang Beiträge gezahlt hat, keinen Pfennig mehr erhält. Geizig ist es möglich, daß im einzelnen Fall einmal ein Arbeiter mehr erhält an Unterstützung, als er früher Lohn bezogen hat. Aber die Zahl der Arbeiter, besonders der Verarbeiteten, die so alt werden, daß sie die höchste Rente erhalten, ist doch äußerst gering, dazu haben sie eine viel zu schwere Arbeit. (Bravo! im Centrum und links.)

Abg. Silb (nall.):

Die Konsequenz der Annahme des Paragraphen würde sein, daß die Anappphastklassen ihre Beiträge erhöhen, denn ohne solche Erhöhung können sie die neuen Lasten unmöglich tragen. Ein Ausweg ist vielleicht darin zu finden, daß man den Unfallrentnern die zu den Anappphastklassen usw. gezahlten Beiträge zurückgibt.

An die baugewerblichen Arbeiter Berlins!

(Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Maler, Töpfer, Glaser, Putzer, Klempner, Dachdecker, Stuccateure, Einsetzer.)

Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr: Vier grosse Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81. | Louis Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.
Borussia-Säle, Adlerstraße 7/8. | Friedrichstädtisches Kasino, Friedrichstraße 236.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Streikklausel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin.

Berufsgenossen! Am Donnerstag, den 10. Mai, beschäftigt sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit dem Beschluß der Berliner Baudeputation betr. Einfügung der Streikklausel in die Bauverträge. Nun liegt die Gefahr nahe, daß die Stadtverordneten-Versammlung diesen Beschluß gutheißt, was für uns die größten Gefahren in sich fälischen würde, da uns die gesetzlich gewährleisteten Rechte des § 152 der Gewerbe-Ordnung illusorisch gemacht würden. Wir haben deshalb die Pflicht, energisch gegen diesen Unterdrückungsversuch seitens der Berliner Bauunternehmer zu protestieren. Darum auf zu diesen Versammlungen.

Sämtliche Stadtverordneten sind hiermit zu diesen Versammlungen eingeladen.

Die Vorstände der baugewerblichen Organisationen Berlins.

K. Panser, Maurer. Fr. Kater, Maurer. H. Knüpfer, Zimmerer. Th. Fischer, Zimmerer. W. Noack, Bauarbeiter. Krüger, Bauarbeiter. G. Link, Maler. John, Töpfer. Melzer, Töpfer. W. Starke, Glaser. Fr. Schulz, Puffer. O. Näther, Metallarbeiter. K. Görnitz, Dachdecker. F. Rössner, Stuccateur. Machatzki, Einsetzer.

Wahlverein für den 2. Kreis.

Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Königshof, Wilhelmstraße 37.

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Junkertum, Industrie und Arbeiterklasse im Kampfe um die Handelsvertrags-Politik. Referent: Reichstags-Abg. Rosenow.
Jedermann hat Zutritt. — Freie Diskussion. 238/7
Eine neue Zahlstelle ist errichtet bei Reichelt, Gasenbeide 47.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern in Moabit und Schönhauser Vorstadt zur Nachricht, daß zu der am 13. d. M. stattfindenden Vormittags-Vorstellung in der Urania noch Billets bei Pfarr, Quitzlystr. 10, zu haben sind. Die Billettsüher werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen.
Den Vorstandmitgliedern zur Nachricht, daß die nächste Vorstandssitzung am Mittwoch, den 9. Mai, abends 9 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 29, stattfindet.
Der Vorstand.
247/4

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Behrendts, Manneufstraße 95.

Vertrauensmänner-Versammlung für den Bezirk Süd-Ost.

Tages-Ordnung:
Berufsanangelegenheiten. Verschiedenes.

Brande der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Nowak, Manneufstraße 9.
Tages-Ordnung:
Die Ausperrungen wegen der Malter. Branchenangelegenheit. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Vertrauensmänner-Versammlung.

Die Ausperrungen wegen der Malter. Branchenangelegenheit. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Drechsler.

Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler

Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:
Osten: bei Mühlle, Koppenstraße 41;
Norden: bei Neumann, Brunnstraße 150;
Südosten, Westen u. Südwesten: bei Widring, Admiralstraße 150 (Märkischer Hof).

Tages-Ordnung (in allen Versammlungen):
1. Bericht der Obmänner, und wie betreiben wir unsere Agitation für den Verband weiter. 2. Die Mal-Ausperrung voriges Jahr im Gegensatz zu diesem. 3. Verschiedenes.
Plicht einer jeden Werkstätte ist es, einen Vertreter zu entsenden. Vertrauensmänner-Karte legitimiert.

NB. Freitag, den 11. Mai, kombinierte Sitzung mit der Ortsverwaltung im Gewerkschaftshaus. Sonnabend, den 12. Mai, Kommissions-sitzung der Drechsler bei Mühlle. — Jedes Kommissionsmitglied hat zu erscheinen.

Branchen-Versammlung der Stellmacher

Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr, in Cobus Festsälen, Bruchstr. 19/20.
Tages-Ordnung:
Bericht über den Ausfall der Generalversammlung der Innungsmeister. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen dringend notwendig.
Die Branchen-Kommission.
88/17

Konsum-Verein Berlin-Nord.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.
Dienstag, den 15. Mai 1900, abends 8 1/2 Uhr,
im Spinnmüller Gesellschaftshaus, Spinnmüllerstr. 42:
Ausserordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats: Nach Schluß des Geschäftsjahrs (30. Juni 1900) zwei weitere Verkaufsstellen zu eröffnen.
2. Geschäftliche Mitteilungen.
Mitgliedebuch legitimiert.
Der Vorstand.
A. Gr. Spald. P. Kieck. P. Schäfer.

Arbeiter Berlins!

Von den Finsterwalder Cigarrenfabrikanten haben die nachstehenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn, Dietrich (Hansch Nachf.), K. Weigel, R. Klähre, W. Enigk, O. Wossly, R. Reinike, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Kurras.
Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

Achtung, Glaschleifer!

Mittwoch, den 9. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei den Firmen Dittmann und Reichel. 2. Stellungnahme der Kollegen dazu. 3. Verschiedenes.
Da sämtliche Kollegen in den beiden Werkstätten die Arbeit niedergelegt haben, so ist es Pflicht, daß jeder erscheint. Der Vertrauensmann.

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei den Firmen Dittmann und Reichel. 2. Stellungnahme der Kollegen dazu. 3. Verschiedenes.
Da sämtliche Kollegen in den beiden Werkstätten die Arbeit niedergelegt haben, so ist es Pflicht, daß jeder erscheint. Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!

Dachdecker und Berufsgenossen.
Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Protest-Versammlung
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.
Tages-Ordnung:
1. Die Streikklausel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin. 2. Sind die Beschlässe der Reicherschaft auch voll und ganz zur Durchführung gelangt? 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Metallarbeiter!

Dienstag, den 8. Mai 1900, abends 6 Uhr, im Lokale von Müller, Frankfurt Chaussee 86:
Öffentliche Versammlung
aller bei der Firma Eckert, Alt.-Ges., beschäft. Arbeiter.
Tages-Ordnung:
Ein Scheinwerfer auf das Fest der Arbeit der Firma Eckert im Rathaus zu richten!!! Referent: Carl Wessenthal.
Der Fabrikdirektor ist persönlich eingeladen.
115/17

Große öffentliche Versammlung

der
Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche-
und Kravattenbranche
heute, Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizer-
Garten (Am Königsthor).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Emma Uhrer: „Wie verbessern wir unsere Lage?“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zuschneider, Näherinnen, Mäntelinnen etc. agitiert für zahlreiches Besuch.
Der Einberufer.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Die zum Mittwoch, den 9. Mai, einberufene Baudeputierten-Sitzung findet der Protestversammlungen wegen am 195/16
Donnerstag, den 10. Mai, abends 6 Uhr,
bei Schiller, Rosenthalerstr. 57, statt. — Wir ersuchen die Kollegen, die Protestversammlungen zahlreich zu besuchen.
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Achtung, Töpfer!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Sämtliche Kollegen werden aufgefordert, am Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr, zu den Protestversammlungen zu erscheinen.
Tages-Ordnung in sämtlichen Versammlungen:
Die Streikklausel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen.
Gustav Melzer.

Die Motten kommen

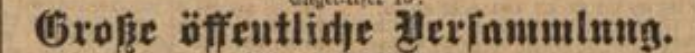
nicht in Ihre Sachen, und Mottenfrass ist unmöglich durch das Aromatische Special-Mottenpulver. Absolut sicherer Schutz und einzige Garantie gegen Mottenschaden. Von unvergänglicher Wirkung und angenehmem Geruch.
Frau Johanna M., Berlin, Birkenstr., schreibt: „Ich möchte auf längere Zeit verreisen und bevor die Sachen vor Motten sichern, wozu ich bis jetzt ausser Ihrem Aromatischen Special-Mottenpulver nichts gefunden, was sicher ist. Einzig echt in Paketen 50 Pf., 1.-, 2.- Mk., Pfd. 3.- Mk., Otto Reichel, Berlin 80., Eisenbahnstrasse 4. nur allein bei
Lieferant Königl. Truppenmusik und Behörden.
Hier frei Haus durch meine Gespanne, auswärts durch die Post.
Sons: nirgends.“

Möbelstoffe!

auch Reste! alle Qual. selten billig!
Gelegenheitskauf:
Rocquett-Bläse 5,35 M.
per Meter (130 cm breit). 146012*
Muster b. näherer Angabe franco.
Berlin 80.
Emil Lefevre, Cranzstr. 158.

Wem seine Pflanzen lieb sind, düngte nur mit Hallmayer's Pflanzendünger.

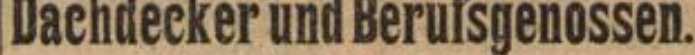
Das ist der beste, nährreichste, kostengünstigste, unerschöpfliche Dünger.



Mit obiger Schutzmarke versehen, echte Packets für 15 S., 25 S., 40 S. u. 60 S. in Drogen-, Material-, waren-, Blumen- u. Samen-Handlungen.

Fahrräder.

Stets großes Lager
erkauftiger Fabrikate auf Teilzahl,
ohne Preisverhöhung
zu den constanten Zahl-
beding. Katalog gratis
Wenig
gebrauchte
Räder für
Herren und
Damen zu
billigen Preisen unter Garantie.



Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Nicht am Rosenthaler Thor.

Künstliche Zähne!

Selbständig schmerzlos, Blamieren u. Zahnziehen. Besondere Teilzahlungen. Zahnreinigung, überraschender Erfolg. 4411*
Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprecht v. 8-8 Uhr, a. Sonnt.

Möbel und Polsterwaren.

Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*)
A. Schulz,
Charlottenburg!!

Uhrmacher Kunsmann, Wallstrasse 1.

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4087L*

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig am 10 Pf. Anweisung frei!
Dane Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indisches
Janfertraut).
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße
München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Dresden:
Victoria-Apotheke. 4619*

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid a. reißwollenem
englischen Stoff, 15 M., 18 M.,
Fertiges Kleid, elegante Bro-
sanden, Jacon, engl. Stoff,
20 M., 25 M., 30 M.,
Schwarze Kleider 20 M.,
25 M., 4555*

Gesellschafts-Kleider in den
neuesten Jacons 20 M., 30 M.,
35 M., 45 M.

Einzelne Röcke

in den neuesten Jacons,
schwarz und farblich, auf Futter
6 M., aus guten defektierten
Stoffen 7 M., 10 M., 12 M.,
15 M., 20 M., 25 M., 30 M.,
35 M., 40 M., 45 M., 50 M.,
55 M., 60 M., 65 M., 70 M.,
75 M., 80 M., 85 M., 90 M.,
95 M., 100 M., 105 M., 110 M.,
115 M., 120 M., 125 M., 130 M.,
135 M., 140 M., 145 M., 150 M.,
155 M., 160 M., 165 M., 170 M.,
175 M., 180 M., 185 M., 190 M.,
195 M., 200 M., 205 M., 210 M.,
215 M., 220 M., 225 M., 230 M.,
235 M., 240 M., 245 M., 250 M.,
255 M., 260 M., 265 M., 270 M.,
275 M., 280 M., 285 M., 290 M.,
295 M., 300 M., 305 M., 310 M.,
315 M., 320 M., 325 M., 330 M.,
335 M., 340 M., 345 M., 350 M.,
355 M., 360 M., 365 M., 370 M.,
375 M., 380 M., 385 M., 390 M.,
395 M., 400 M., 405 M., 410 M.,
415 M., 420 M., 425 M., 430 M.,
435 M., 440 M., 445 M., 450 M.,
455 M., 460 M., 465 M., 470 M.,
475 M., 480 M., 485 M., 490 M.,
495 M., 500 M., 505 M., 510 M.,
515 M., 520 M., 525 M., 530 M.,
535 M., 540 M., 545 M., 550 M.,
555 M., 560 M., 565 M., 570 M.,
575 M., 580 M., 585 M., 590 M.,
595 M., 600 M., 605 M., 610 M.,
615 M., 620 M., 625 M., 630 M.,
635 M., 640 M., 645 M., 650 M.,
655 M., 660 M., 665 M., 670 M.,
675 M., 680 M., 685 M., 690 M.,
695 M., 700 M., 705 M., 710 M.,
715 M., 720 M., 725 M., 730 M.,
735 M., 740 M., 745 M., 750 M.,
755 M., 760 M., 765 M., 770 M.,
775 M., 780 M., 785 M., 790 M.,
795 M., 800 M., 805 M., 810 M.,
815 M., 820 M., 825 M., 830 M.,
835 M., 840 M., 845 M., 850 M.,
855 M., 860 M., 865 M., 870 M.,
875 M., 880 M., 885 M., 890 M.,
895 M., 900 M., 905 M., 910 M.,
915 M., 920 M., 925 M., 930 M.,
935 M., 940 M., 945 M., 950 M.,
955 M., 960 M., 965 M., 970 M.,
975 M., 980 M., 985 M., 990 M.,
995 M., 1000 M.

Jackenkleid

in Roden und Cheviot
10 M., 15 M., 18 M.,
20 M., 25 M., 30 M.,
35 M., 40 M., 45 M., 50 M.,
55 M., 60 M., 65 M., 70 M.,
75 M., 80 M., 85 M., 90 M.,
95 M., 100 M., 105 M., 110 M.,
115 M., 120 M., 125 M., 130 M.,
135 M., 140 M., 145 M., 150 M.,
155 M., 160 M., 165 M., 170 M.,
175 M., 180 M., 185 M., 190 M.,
195 M., 200 M., 205 M., 210 M.,
215 M., 220 M., 225 M., 230 M.,
235 M., 240 M., 245 M., 250 M.,
255 M., 260 M., 265 M., 270 M.,
275 M., 280 M., 285 M., 290 M.,
295 M., 300 M., 305 M., 310 M.,
315 M., 320 M., 325 M., 330 M.,
335 M., 340 M., 345 M., 350 M.,
355 M., 360 M., 365 M., 370 M.,
375 M., 380 M., 385 M., 390 M.,
395 M., 400 M., 405 M., 410 M.,
415 M., 420 M., 425 M., 430 M.,
435 M., 440 M., 445 M., 450 M.,
455 M., 460 M., 465 M., 470 M.,
475 M., 480 M., 485 M., 490 M.,
495 M., 500 M., 505 M., 510 M.,
515 M., 520 M., 525 M., 530 M.,
535 M., 540 M., 545 M., 550 M.,
555 M., 560 M., 565 M., 570 M.,
575 M., 580 M., 585 M., 590 M.,
595 M., 600 M., 605 M., 610 M.,
615 M., 620 M., 625 M., 630 M.,
635 M., 640 M., 645 M., 650 M.,
655 M., 660 M., 665 M., 670 M.,
675 M., 680 M., 685 M., 690 M.,
695 M., 700 M., 705 M., 710 M.,
715 M., 720 M., 725 M., 730 M.,
735 M., 740 M., 745 M., 750 M.,
755 M., 760 M., 765 M., 770 M.,
775 M., 780 M., 785 M., 790 M.,
795 M., 800 M., 805 M., 810 M.,
815 M., 820 M., 825 M., 830 M.,
835 M., 840 M., 845 M., 850 M.,
855 M., 860 M., 865 M., 870 M.,
875 M., 880 M., 885 M., 890 M.,
895 M., 900 M., 905 M., 910 M.,
915 M., 920 M., 925 M., 930 M.,
935 M., 940 M., 945 M., 950 M.,
955 M., 960 M., 965 M., 970 M.,
975 M., 980 M., 985 M., 990 M.,
995 M., 1000 M.

Jackenkleid

in Cheviot und Covercoat
25 M., 30 M.,
35 M., 40 M., 45 M., 50 M.,
55 M., 60 M., 65 M., 70 M.,
75 M., 80 M., 85 M., 90 M.,
95 M., 100 M., 105 M., 110 M.,
115 M., 120 M., 125 M., 130 M.,
135 M., 140 M., 145 M., 150 M.,
155 M., 160 M., 165 M., 170 M.,
175 M., 180 M., 185 M., 190 M.,
195 M., 200 M., 205 M., 210 M.,
215 M., 220 M., 225 M., 230 M.,
235 M., 240 M., 245 M., 250 M.,
255 M., 260 M., 265 M., 270 M.,
275 M., 280 M., 285 M., 290 M.,
295 M., 300 M., 305 M., 310 M.,
315 M., 320 M., 325 M., 330 M.,
335 M., 340 M., 345 M., 350 M.,
355 M., 360 M., 365 M., 370 M.,
375 M., 380 M., 385 M., 390 M.,
395 M., 400 M., 405 M., 410 M.,
415 M., 420 M., 425 M., 430 M.,
435 M., 440 M., 445 M., 450 M.,
455 M., 460 M., 465 M., 470 M.,
475 M., 480 M., 485 M., 490 M.,
495 M., 500 M., 505 M., 510 M.,
515 M., 520 M., 525 M., 530 M.,
535 M., 540 M., 545 M., 550 M.,
555 M., 560 M., 565 M., 570 M.,
575 M., 580 M., 585 M., 590 M.,
595 M., 600 M., 605 M., 610 M.,
615 M., 620 M., 625 M., 630 M.,
635 M., 640 M., 645 M., 650 M.,
655 M., 660 M., 665 M., 670 M.,
675 M., 680 M., 685 M., 690 M.,
695 M., 700 M., 705 M., 710 M.,
715 M., 720 M., 725 M., 730 M.,
735 M., 740 M., 745 M., 750 M.,
755 M., 760 M., 765 M., 770 M.,
775 M., 780 M., 785 M., 790 M.,
795 M., 800 M., 805 M., 810 M.,
815 M., 820 M., 825 M., 830 M.,
835 M., 840 M., 845 M., 850 M.,
855 M., 860 M., 865 M., 870 M.,
875 M., 880 M., 885 M., 890 M.,
895 M., 900 M., 905 M., 910 M.,
915 M., 920 M., 925 M., 930 M.,
935 M., 940 M., 945 M., 950 M.,
955 M., 960 M., 965 M., 970 M.,
975 M., 980 M., 985 M., 990 M.,
995 M., 1000 M.

Figarokleid

(Kost mit kurzen Ärmeln)
12 M., 15 M., 18 M.,
20 M., 25 M., 30 M.,
35 M., 40 M., 45 M., 50 M.,
55 M., 60 M., 65 M., 70 M.,
75 M., 80 M., 85 M., 90 M.,
95 M., 100 M., 105 M., 110 M.,
115 M., 120 M., 125 M., 130 M.,
135 M., 140 M., 145 M., 150 M.,
155 M., 160 M., 165 M., 170 M.,
175 M., 180 M., 185 M., 190 M.,
195 M., 200 M., 205 M., 210 M.,
215 M., 220 M., 225 M., 230 M.,
235 M., 240 M., 245 M., 250 M.,
255 M., 260 M., 265 M., 270 M.,
275 M., 280 M., 285 M., 290 M.,
295 M., 300 M., 305 M., 310 M.,
315 M., 320 M., 325 M., 330 M.,
335 M., 340 M., 345 M., 350 M.,
355 M., 360 M., 365 M., 370 M.,
375 M., 380 M., 385 M., 390 M.,
395 M., 400 M., 405 M., 410 M.,
415 M., 420 M., 425 M., 430 M.,
435 M., 440 M., 445 M., 450 M.,
455 M., 460 M., 465 M., 470 M.,
475 M., 480 M., 485 M., 490 M.,
495 M., 500 M., 505 M., 510 M.,
515 M., 520 M., 525 M., 530 M.,
535 M., 540 M., 545 M., 550 M.,
555 M., 560 M., 565 M., 570 M.,
575 M., 580 M., 585 M., 590 M.,
595 M., 600 M., 605 M., 610 M.,
615 M., 620 M., 625 M., 630 M.,
635 M., 640 M., 645 M., 650 M.,
655 M., 660 M., 665 M., 670 M.,
675 M., 680 M., 685 M., 690 M.,
695 M., 700 M., 705 M., 710 M.,
715 M., 720 M., 725 M., 730 M.,
735 M., 740 M., 745 M., 750 M.,
755 M., 760 M., 765 M., 770 M.,
775 M., 780 M., 785 M., 790 M.,
795 M., 800 M., 805 M., 810 M.,
815 M., 820 M., 825 M., 830 M.,
835 M., 840 M., 845 M., 850 M.,
855 M., 860 M., 865 M., 870 M.,
875 M., 880 M., 885 M., 890 M.,
895 M., 900 M., 905 M., 910 M.,
915 M., 920 M., 925 M., 930 M.,
935 M., 940 M., 945 M., 950 M.,
955 M., 960 M., 965 M., 970 M.,
975 M., 980 M., 985 M., 990 M.,
995 M., 1000 M.

Seiden-Kleider 50 M.

12 M., 15 M., 18 M.,
20 M., 25 M., 30 M.,
35 M., 40 M., 45 M., 50 M.,
55 M., 60 M., 65 M., 70 M.,
75 M., 80 M., 85 M., 90 M.,
95 M., 100 M., 105 M., 110 M.,
115 M., 120 M., 125 M., 130 M.,
135 M., 140 M., 145 M., 150 M.,
155 M., 160 M., 165 M., 170 M.,
175 M., 180 M., 185 M., 190 M.,
195 M., 200 M., 205 M., 210 M.,
215 M., 220 M., 225 M., 230 M.,
235 M., 240 M., 245 M., 250 M.,
255 M., 260 M., 265 M., 270 M.,
275 M., 280 M., 285 M., 290 M.,
295 M., 300 M., 305 M., 310 M.,
315 M., 320 M., 325 M., 330 M.,
335 M., 340 M., 345 M., 350 M.,
355 M., 360 M., 365 M., 370 M.,
375 M., 380 M., 385 M., 390 M.,
395 M., 400 M., 405 M., 410 M.,
415 M., 420 M., 425 M., 430 M.,
435 M., 440 M., 445 M., 450 M.,
455 M., 460 M., 465 M., 470 M.,
475 M., 480 M., 485 M., 490 M.,
495 M., 500 M., 505 M., 510 M.,
515 M., 520 M., 525 M., 530 M.,
535 M., 540 M., 545 M., 550 M.,
555 M., 560 M., 565 M., 570 M.,
575 M., 580 M., 585 M., 590 M.,
595 M., 600 M., 605 M., 610 M.,
615 M., 620 M., 625 M., 630 M.,
635 M., 640 M., 645 M., 650 M.,
655 M., 660 M., 665 M., 670 M.,
675 M., 680 M., 685 M., 690 M.,
695 M., 700 M., 705 M., 710 M.,
715 M., 720 M., 725 M., 730 M.,
735 M., 740 M., 7

Lokales.

Ein braver, treuer und opferbereiter Genosse, der Tischler Emil Ding aus dem zweiten Wahlkreis, ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag im 40. Lebensjahre gestorben. Schon seit längerer Zeit an der Proletarierkrankheit leidend, hat eine im Dienst der Partei für die Verbreitung eines Flugblatts, welches eine Majestätsbeleidigung enthielt, erlittene zweijährige Gefängnisstrafe mit ihren körperlichen und seelischen Qualen ihn unrettbar für den Tod gereift. Das Urteil, gefällt in der Vera des Sedan-Kurses 1896, das für einen gesunden, kräftigen Mann zwei Jahre Freiheitsverlust bedeutet hätte, ist für ihn zum Todesurteil geworden, der Buchstaben des Gesetzes und der Buchstaben des Gefängnis-Reglements haben dem Weissen den Gatten, den Kindern den Vater, der Partei einen ihrer bravsten Genossen hinweggemacht. 20 Monate lang unterlag sein schwacher, kranker Körper der ungeeigneten und unzureichenden Gefängnisloft, dann trat infolge häufigen Lungenblutens eine solche Schwächung ein, daß eine drei Monate lange Strafunterbrechung sich als unumgänglich nötig erwies. Krank, gebrochen, mit dem Zeichen des Todes beschatet, verblühte er den Rest seiner Strafe: nach seiner Entlassung suchte er den Sommer über Erleichterung seiner Leiden in Friedrichshagen, dann ging er auf mehrere Monate nach Südtirol, aber alle Sorge und Mühe seiner Frau, alle Hilfe der Genossen konnten den Fortschritt des Proletarier-Erleidens nicht aufhalten; einer unsrer Besten ist mit ihm dahingegangen. Schon unter dem Sozialistengesetz, unter den schwierigsten und gefährlichsten Verhältnissen, trat er als thätiger Genosse für die Partei ein; aber auch auf gewerkschaftlichem Gebiet that er mehr als seine Schuldigkeit; Mitglied verschiedener Kommissionen, wurde er 1894 Vorsitzender der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes und gleichzeitig vertrat er die Interessen seiner Kollegen als Arbeiterbeistand am Gewerbeamt. Nun trauern neben den Genossen und Freunden zwei unumgängliche Kinder mit ihrer Mutter um den Toten, dem die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises ein bleibendes, ehrendes Andenken bewahren, was sie auch bekunden werden durch zahlreiche Teilnahme am Begräbnis, das Mittwoch, 9. Mai, abends 5 1/2 Uhr, auf dem Fallovi-Friedhof in Nixdorf stattfinden wird.

Die Große Berliner Straßenbahn

Kann sich über die Bestimmungen der Penfionsklasse für ihre Angestellten mit dem Magistrat nicht einigen. Das ihm der braven Direktion, wie sie dem „Lokal-Anzeiger“ schmerzvoll anvertraut, bitter leid — und in dem Gram über den saumseligen Magistrat werden langjährige Betriebsbeamte bei eintretender Abnahme der Arbeitskraft haufenweis entlassen.

Unsern Mitteilungen vom Sonntag hierüber können wir noch folgende Thatsachen aus den letzten Wochen zufügen:

Der Stallmann **Fahlsdorf**, vom 1. Mai 1884 bis zum 31. März 1900 — also 16 Jahre — im Dienste der Gesellschaft, erhielt wegen andauernden unguiltigen Gesundheitszustands seine Entlassung und eine „einmalige außerordentliche Unterstützung“ von 400 M.

Der **Aufseher Vahst**, vom 28. Februar 1887 bis 28. Februar 1900 — 13 Jahre — thätig, ist aus demselben Grunde mit einer einmaligen Unterstützung von 500 M. abgehoben worden. Ein **Fahrer D.**, vom 19. Mai 1889 bis 28. Februar 1900 — 11 Jahre — im Dienste, ist wegen unguiltigen Gesundheitszustands mit 600 M. Schmerzensgeld entlassen. Wie diese in langjährigem Fahr- und Stadtdienst rheumatisch gewordenen Leute beschiden, ist ihr Besuch um Verschäftigung im inneren Dienst abschlägig beschieden worden — ein leistungswiderständiger der Beschäftigung der Direktion, welche schreibt: „Im Gegenteile werden viele (Angestellte) lediglich nur aus dem Grunde noch beschäftigt und ihnen leichtere Posten angewiesen, um sie bis zur Schaffung der Penfionsklasse zu halten und ihnen die Wohlthaten dieser Klasse demnächst zuwenden zu können.“

Der von den Angestellten der Straßenbahn das Unglück hat, länger als acht Wochen krank zu sein, wird vor den Vertrauensarzt der Gesellschaft, Stadtsarzt Dr. Schwarz, citiert, der über „Sein oder Nichtsein“ entscheidet. Aber human wie die Direktion nun einmal ist — ohne Almosen läßt man die abgedackten, für die weitere Ausbeutung nicht mehr lohnenden Arbeitsbienen nicht von dannen ziehen. Dreihundert bis tausend Mark „einmalige außerordentliche Unterstützung“ — je nach Stellung und Dienstzeit — das ist das Fundament, auf dem die „wegen andauernden unguiltigen Gesundheitszustands“ entlassenen Arbeiter sich eine neue Zukunft — Arbeit und Brot für die Familie — schaffen können. Jahrelange pflichttreue Arbeit und ein längliches Almosen — zwischen diesen beiden Polen bewegt sich das Leben der Straßenbahn-Proletarier. Niseneinkommen, durch Gehalt und Lantime, für die Direktoren. — Eine fetter Piramide für den Aufsichtsrat, — Glänzende Dividende für die Aktionäre. — Krankheit, Entlassung und Almosen für die Arbeiter. Das ist die Stufenleiter des gegenseitigen Wirkens der Großen Berliner Straßenbahn, die, nur um die Pflege kapitalistischer Interessen besorgt, die armen Opfer ihres Dienstes bei nachlassender Arbeitskraft brotlos machend, ihre sozialen Pflichten durch die Gewährung einer largen, einmaligen, außerordentlichen Unterstützung erfüllt glaubt. Wie freudig muß es sich nicht für solche Zukunft in Wind und Wetter arbeiten lassen!

Zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln an Gemeindefchulkinder hatten die Schulkommissionsvorsitzer in ihrer letzten Versammlung vom 20. Februar 1900 mit großer Mehrheit beschlossen, daß künftig jedes den Kindern von den Kommissionen gelieferte Buch mit einem Stempel zu versehen sei. Dieser Beschluß hat bei der Schuldeputation Bedenken erregt. Die Angelegenheit wird daher in der nächsten, am 15. Mai stattfindenden Versammlung noch einmal erörtert werden.

Der Aufsichtsrat des Asylvereins für Obdachlose hatte zum Freitagabend nach dem Rathause eine Sitzung anberaumt und zwar zu Ehren unsres Parteigenossen **Singer**, der der Verwaltung des Asylvereins am genannten Tage 25 Jahre angehört hat. Uns selber ist über die Sitzung, wie begreiflich, kein Bericht zugegangen; die „Volks-Zeitung“ schreibt über die Feierlichkeit folgendes: Der stellvertretende Vorsitzende, Herr **Kreißling**, kennzeichnete die großen Verdienste, die sich Herr **Singer** in treuer, unermüdlicher Arbeit um die schönen Ziele des Vereins erworben habe, mit großer Wärme unter dem lebhaftesten und dankbaren Beifall aller Anwesenden und wünschte dem durch diese Ovation in höchstem Grade überaus jubilar, daß er noch lange die Früchte seiner aufopferungsvollen Arbeit genießen möge. Alle Verwaltungsratsmitglieder gratulierten dem Jubilar herzlich, ihm namens der Hunderttausende dankend, denen das Asyl in ihrer bittersten Not Obdach gewährt habe. Nach der Sitzung fand die Feier eine Fortsetzung in den Sonderräumen des Rathauskellers, wo ein Festmahel vorbereitet war, an dem auch zahlreiche Damen der Mitgliedschaft des Verwaltungsrats teilnahmen. Hier widmete Herr **Kreißling** von neuem der Thätigkeit **Singers** den Joll der Anerkennung und Dankbarkeit. Herr **Singer** erwiderte, daß seiner fünfundsiebenzigjährigen Mitarbeiter für den Verein sei es das erste Mal, daß der Aufsichtsrat hinter seinem Rücken eine Sache betrieb und in die Hand genommen habe; er sei um so überraschter von der ihm erwiesenen Freundlichkeit. Nicht ihm gebühre der Dank, sondern der gemeinsamen freudigen Arbeit aller Verwaltungsratsmitglieder sei es zu zuschreiben, daß der Asylverein so vielen Unglücklichen Trost und Hilfe bringen konnte, nicht minder aber dem wohlthätigen Sinn der

Bevölkerung, die immer bereit war, den Verein in seinem Wirken zu unterstützen. Ihm selbst sei allerdings im Laufe der Zeit der Verein und die ihm gewidmete Thätigkeit so ans Herz gewachsen, daß, wenn er einmal durch seine Gesundheit genötigt sein sollte, jeder öffentlichen Thätigkeit zu entsagen, er bis zuletzt dem Verein treu bleiben werde.

Der Redacteur der anarchischen Zeitschrift „Neues Leben“, Bruno **Berner**, ist am Sonnabendabend 6 Uhr beim Verlassen der Werkstatt verhaftet worden. Ueber die Konfiskation der letzten Nummer dieser Zeitschrift haben wir bereits in der Sonntagsnummer berichtet.

Frau Agnes Sorma sollte nach einer Blättermeldung am Sonnabendabend bei der Heimfahrt aus dem Lessingtheater aus ihrem Wagen geschleudert worden sein. Wie von einer Korrespondenz mitgeteilt wird, ist diese Mitteilung fact aufgebaut. Nicht bei der Heimfahrt, sondern bei der Hinfahrt um 7 1/2 Uhr karambolirte das Gefährt der Frau Sorma dicht vor dem Theater mit einer Droschke, wobei das Pferd der letzteren stürzte und den Scherbaum abbrach. Frau Sorma sprang mit ihrer neben ihr sitzenden Kammerfrau aus ihrem Wagen heraus und kam mit einem leichten Schrecken davon, so daß sie sofort ihre Rolle spielen konnte. Jemand welche nachteiligen Folgen hat sie von dem kleinen Unfall nicht davongetragen.

Von einem Kollwagen überfahren wurde Montagnamittag vor dem Weichselischen Warenhaus in der Leipzigerstraße der 32 Jahre alte verheiratete Tischler **Heinrich Eng** aus der Köpenickerstraße 13. Ein Rad ging ihm über die Brust. Schwere Verletzung wurde der Verunglückte von einem Schyumann mit einer Droschke nach der Charité gebracht.

Der Nord an der Gastwirtin Witwe Fielich in Nixdorf, der im August vorigen Jahres großes Aufsehen erregte, bleibt ungeführt. Das Dienstmädchen **Berta Schröder**, das bei der alten „Mutter Fielich“ in Stellung war und nach geraumer Zeit als die Mörderin von einem Gendarmen ermittelt wurde, machte den Untersuchungsbehörden ungemein viel zu schaffen. Auf Grund eines ärztlichen Gutachtens ist das Verfahren gegen sie eingestellt worden. Das Mädchen ist, wie nach allem längst zu vermuten war, unheilbar geistkrank und kann für die That nicht verantwortlich gemacht werden. Es wird einer Irrenanstalt als gemeingefährlich überwiesen.

Durch Zufall ist der Staatsanwalt Liebenow in die Lage gekommen, am Sonnabendabend auf offener Straße einen **Taschendieb** bei der „Arbeit“ abfassen zu können. Er befand sich am gedachten Abend unter den Linden, wo sich vor dem Hause der Habelschen Beinhändler eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Da sich der Staatsanwalt L. vor sich einen Mann, der sich in verdächtiger Weise an seinen Vordermann herandrängte. Er behielt ihn fest im Auge und als dessen Vordermann sich plötzlich umdrehte und erklärte, daß ihm jemand an seinen Taschen gewesen sei, hielt er den Verdächtigen, der im Gewühl verschwinden wollte, fest, wobei er sich als Staatsanwalt zu erkennen gab. Der Verdächtige bestritt jede verbrecherische Thätigkeit, doch wurde das Portemonnaie, welches er seinem Vordermann entwendet hatte, am Boden vorgefunden, auch zeigte es sich, daß er in seinem Rode sogenannte Diebestaschen hatte. Staatsanwalt L. ließ den Taschendieb durch einen Schyumann fixieren und auf der Wache konnte festgestellt werden, daß der Heigenomme der wegen Taschendiebstahls schon mit 3 Jahren Juchhaus vorbestrafte **Maler Rüdiger** war. Er befindet sich jetzt in Untersuchungshaft.

Die Leiche des Schriftsetzers G. Silberschmidt ist am Sonntag aufgefunden worden. Silberschmidt hatte demnach das Unglück, bei einer Aderpartie, die am 2. Oftertag vom Aderklub **Vorwärts** veranstaltet war, im Tröbsee bei Brandenburg a. H. zu ertrinken. Die Leiche wurde von Vater und Schwager des Ertrunkenen unweit der Unglücksstelle aufgefunden; sie wird nach Nixdorf, dem Wohnort der Eltern des Verunglückten, gebracht werden. Der Tag der Beerdigung wird durch Inserat in unserm Blatt bekanntgegeben.

Von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren wurde Sonntagmorgen ein unbelasteter junger **Kadja Herer** an der Ecke des Rurfsendendamms und der Reibnigstraße zu Charlottenburg. Ein Rad ging dem Unglücklichen über den Kopf und zermalmete diesen bis zur Unkenntlichkeit. Die Verwundetheit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde nach der Halle in Charlottenburg gebracht. Der Verunglückte war etwa 15 Jahre alt und trug ein graugrünes Jackett, eine graue Radfahrerhose, schwarze Strümpfe, ein graues gestreiftes wollenes Hemd und braune Segeltuchschuhe; ferner zwei weiße Taschentücher, eines mit blauem Rand, und eine silberne Goldkette mit der Nr. 178 697 und Kadelkette. Das Rad ist eine „Wagelle“ von **Vogers** und **Vieler**.

Selbstmord in der Kaserne hat ein Garde-Rittmeister von der 4. Eskadron verübt. Derselbe war der Sohn eines Stellmachers aus Groß-Lichterfelde, diente im dritten Jahre und war gut angezogen, weil er im Dienste thätig war und sich als gelehrter Stellmacher vielfach nützlich machte. Bestraft war er nur ein einziges Mal mit drei Tagen Arrest, weil er eines Abends über die Urlaubszeit weggegangen war. Am Freitagabend ging er ohne Urlaub weg und war am Sonnabendmorgen noch nicht zu Hause, als die Eskadron um 7 Uhr zum Exercieren nach dem Tempelhofer Felde ausrückte. Eine Stunde später sah ein Mann nach, ob er mittlerweile gekommen sei und fand ihn nun in seiner Stube erhängt auf. Auf dem Tisch lag ein Zettel, auf dem der junge Mann seine Eltern um Verzeihung bat. Ueber die Ursache zu dieser That verläutet nichts.

Einer Gaserstickung ist schon wieder ein Dienstmädchen zum Opfer gefallen. Die 21 Jahre alte, aus Obornil gebürtige **Stanislawa Wielak** a diente bei den Geschwister **Maruse**, die in dem Hause **Prezlawerstr.** 20 eine Pensionat inne haben, und schlief dort in der Küche. Als sie gestern morgen nicht zur gewohnten Zeit aufstand, sahen ihre Dienstherrinnen nach ihr und fanden sie in der mit Gas angefüllten Küche regungslos im Bett liegen. Der herbeigeholte Arzt stellte fest, daß der Tod bereits eingetreten war. Die Untersuchung ergab, daß das Mädchen absichtlich, als es schlafen ging, vergessen hatte, den Haupthahn der Kochgasleitung zu schließen. Der Gummischlauch hatte dem starken Druck, dem er nun ausgelegt war, nicht ausgehalten und war gerissen. So konnte das Gas unter hohem Druck in großer Menge ausströmen.

Der elektrische Omnibus im Väderladen. Einen nicht geringen Schreck belam gestern, Montag nachmittag, um 3/4 Uhr die Verkäuferin im Laden des Vädermeisters **Albert Schmidt** in der Dorotheenstr. 30 bei dem ungefüllten Weich eines seltsamen Cafes, der nicht nur mit der Thür, sondern sogar mit dem Schaufenster ins Haus fiel. Der elektrische Omnibus Nr. 653 kam vom Seltiner Bahnhof her und bog von der Friedrichstraße in die Dorotheenstr. ein, um von dieser nach der Charlottenstraße zu gelangen. Er hatte die Biegung schon genommen und der Führer lenkte ihn behutsam nach der rechten Straßenseite hinüber. Plötzlich aber wurde die Bremse schadhast und nun ging der Elektrische durch. Ueber der Führer seine Richtung ändern konnte, war er schon auf dem Bürgersteig und mit einem großen Kladderbasch drang er durch die Schaufensterscheibe in den Laden des Meisters **Schmidt** ein. Die acht Jahrgäste, Damen und Herren, schrien laut auf, die Verkäuferin aber war vor Schreck seines Wortes mächtig. Vor der Ladeneinrichtung aber machte der Durchgänger Halt, so daß es bei der Betrümmung der großen Scheibe blieb. Verletzt wurde niemand. Nach einer Viertelstunde kamen Arbeiter und besserten die Bremse wieder aus. Der Wagen legte dann seine Fahrt fort, aber ohne die früheren Jahrgäste, die einstweilen von dem „Elektrischen“ genug hatten.

Ein Riesencircus, die **Barnum** und **Pailley-Schau** wird am 13. Mai von Hamburg nach Berlin transportiert werden, und hier vom 16. Mai ab am Rurfsendendam geöffnet sein. Der Transport erfolgt in vier Zügen von je 17 Eisenbahnwagen der Gesellschaft. Die Vorarbeiten auf dem Berliner Terrain sollen sich auf 120 000 M. stellen, die täglichen Unkosten des Unternehmens jedoch sollen 30 000 M. betragen. Die Vorstellungen werden in 12 Zelt-pavillons gegeben, von denen das größte 200 Meter lang ist und 15 000 Personen faßt.

Circusconcert. Fräulein **Maria Burand**, Frau **Adèle Wein**, Frau **Konstanze Schildardt**, die Opernsängerin **Fräul. Camilla Friebe**, der Violinist **Herr Hans Ruffenius** und der Organist **Herr Adolf Bolte** vereinigen sich mit dem Musikdirector **Otto Dienst** Mittwoch, den 9. Mai, mittags 12 Uhr in der Varietetsküche zur Aufführung eines reichen Programms. Der Eintritt ist frei.

Radsport. Sonntag war in **Friedenau** großer Tag. Es galt das goldene Rad, das nach lebhaftem Kampf von dem überlegenen englischen Fahrer **Taylor** geholt wurde. Die deutschen Fahrer hielten sich nicht besonders und hatten auch unter allerhand Widerwärtigkeiten recht zu leiden. Selbstverständlich war bei dem schönen Wetter der Besuch des Rennens außerordentlich stark; man schätzte die Zahl der Zuschauer auf 10 000.

Nachstehend die Resultate: **Friedenauer Hauptfahren Klasse C** 1000 Meter. 50. 30. 20. R. **Sing** 1. **Kranke** 2. **Gahn** 3. Zeit: 1: 41. — **Friedenauer Hauptfahren Klasse B.** 1000 Meter. 100. 50. 30. R. **Albrecht** 1. **Peter** 2. **Schneider** 3. Zeit: 1: 39. R. pl. **Röhler**, **Strud.** — **Friedenauer Hauptfahren Klasse A.** 1000 Meter. 200. 100. 50. R. **I. Lauf:** **Seidl** 1. **Maher**, **Hannover**, 2. **Arend** muß seinen sicheren Sieg kurz vor dem Ende durch Pneuatico-Defekt verlieren. **II. Lauf:** **R. Vercheren** 1. **Mündner** 2. **Entscheidung:** **Maher** 1. **Seidl** 2. **Mündner** 3. **Zeit:** 1: 50. **Vercheren** stoppt 100 Meter vorm Ziel ab. — **Das goldene Rad** von **Friedenau** 1 Stunde mit Schrittmachern. Dem Sieger eine goldene Medaille im Werte von 500 M. und 2000 M. bar. 1200. 800. 500. 250. **Taylor** 1. 55,725 Kilometer. **Walters** 2. 54,280 Kilometer. **Bonhours** 3. 51,680 Kilometer. **Lesno** 4. 51,240 Kilometer. **Nohl** 5. 51,253 Kilometer. **Köcher** 6. 50,675 Kilometer. **Binnemann** 7. 47,365 Kilometer. Alle deutschen Records von 10 Kilometer an geschlagen. — **Tandem-Hauptfahren:** 2000 Meter. 150. 80. 50. **M. Arend**. **Dirheimer** 1. **Gahn**. **Sing** 2. **Maher**. **Hering** 3. Zeit: 4: 57. **Nicht placiert** **Mündner**. **Maejer**. — **Motor-Fahren:** 7500 Meter. 150. 150. 80. 40. **M. Heimann** 1. **Motor-Taylor** 2. **Motor-Taylor** 3. **Motor-Bonhours** 4. Zeit: 6: 44. —

Treppe-Sternwarte. Der günstigen Beobachtungsgelagenheit wegen wird die **Treppe-Sternwarte** am Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. Mai, schon von mittags 1 Uhr an geöffnet sein. Es wird die Venus in ihrer Edelgestalt von 1 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends und der Mond von 8 Uhr abends bis 12 Uhr nachts mit dem Nisenerrefraktor gezeigt werden. Im Bedarfsfalle werden für die Besucher der Treppe-Sternwarte an diesen beiden Abenden Erstrawagen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft bis 1/2 Uhr nachts nach Berlin abgeholt.

Feuernachrichten. Zwei größere Brände beschäftigten am Sonntag die Wehr längere Zeit. Gegen Abend kam Uferstr. 6a in der Eisengießerei von **Schönung** aus nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das den Quergebäude beträchtlichen Schaden zufügte und mittels dreier Rohre abgelöscht werden mußte. Gegen Mitternacht war **Femstr.** 21 in der Eisengießerei von **Gebrüder Arndt** ein Schadenfeuer ausgebrochen, das eine einflüchtige Föhrthätigkeit erforderte und ebenfalls erheblichen Schaden verursachte. **Kallasstraße** 16 und **Luzistr.** 18 erfolgten keine Wohnungsbrände. In einem Lumpenstiller war **Geißwälderstr.** 43 Feuer ausgebrochen, das in Folge starker Verengung der Wehr viel zu schaffen machte, aber auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Alarmierungen nach **Orientstr.** 88 und **Vorkingstr.** 43 waren auf keine Ladenbrände zurückzuführen. **Cuvyrstr.** 46 hatte sich **Schmierl** im Keller entzündet, doch konnte die Gefahr bald beseitigt werden. Ein brennender Teppich veranlaßte ein Ausrücken nach **Cuhnsstraße** 17. **Montagstr.** 8 Uhr erfolgte in der **Reinickendorferstraße** wieder einmal Unfug am öffentlichen Feuerwehler, wobei der Thäter leider wieder entkommen ist.

Aus den Nachbarorten.

Pankow-Schönhäuser. Heute, Dienstag, **Lebenabend** bei **Großfurt**. Weitere Beipredung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Charlottenburg. Die Vorlage, betr. Bewilligung von **Ruhelohn** und **Hinterbliebenenversorgung** für städtische Arbeiter wird am Mittwoch in zweiter Lesung beraten werden. Der Ausschuss hat beschlossen, von einer Kasse mit Verengungsleistungen der Arbeiter abzusehen. In Uebereinstimmung mit der ursprünglichen Vorlage soll den Arbeitern auch nach dem Ausscheidungsrecht ein flagbares Recht zunächst nicht zustehen, doch wird der Magistrat in einer Resolution ersucht, später in Erwägung zu ziehen, ob denselben ein solches einzuräumen sei. Im übrigen hat der Ausschuss die Magistratsvorlage in einigen Punkten verbessert. Während der Magistrat für sich das Recht in Anspruch nahm, die ausgeprochenen Bewilligung jederzeit für die Zukunft zu widerrufen, beantragt der Ausschuss, daß eine Entziehung einmal bewilligten **Ruhelohns** oder **Wittwengelder** nur durch **Gemeindebeschluss** erfolgen darf. Ferner soll der Magistrat verpflichtet werden, in jedem Fall, wo er, trotzdem die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Bewilligung von **Ruhelohn** bzw. **Wittwen** und **Waisengeld** versagt, der Stadtverordneten-Versammlung Mitteilung zu machen. Diese Bestimmung soll eine gewisse Garantie dagegen bieten, daß etwa aus politischen Gründen die Bewilligung erfolgt. Eine weitere Änderung des Ausschusses besteht in dem Zusatz, daß bei Berechnung der **Wittwengelder** dem Verstorbenen etwa zustehende anderweitige Bezüge nicht in Abzug kommen. Im großen ganzen bedeuten die Beschlüsse des Ausschusses eine Verbesserung der Vorlage. —

Schöneberg. **Spurlos** verschwunden ist seit dem 23. April die bei dem Kaufmann **Fröhlich**, **Herbertstr.** 1, wohnhaft gewesene **Witwe Luise Schmidt**, geb. **Repps**, gebürtig aus **Gumbinnen**. Nach Aussage des **F.** ist dieselbe schwachmüdig und dürfte derselben ein Unglück zugefallen sein. — Aus städtischen Mitteln sind zwecks Errichtung einer **Vollbibliothek** 10 000 M. bewilligt worden. Diefelbe soll nimmte zum 1. Oktober d. J. eröffnet werden. — **Bekanntlich** haben die **Schöneberger** **Gastwirte** vor einiger Zeit beschlossen, den Preis für den **Mittagsstich** von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen, da nicht nur alles teurer geworden, sondern sogar die **Polizeistrafen** höher geworden seien. **Trotzdem** klagen dieselben über die **Unermöglichkeit** ihrer Kollegen und beabsichtigen deshalb die **Einsetzung** einer **Kontrollkommission**, um eine bessere Durchführung der **Erhöhung** zu erzielen. —

Lichtenberg. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde die so lange verzögerte **Einführung** der im März gewählten **Gemeindeverordneten** endlich vorgenommen. Ueber die **Gültigkeit** der **Wahlen** der **Genossen Crauer** und **Well** entspann sich vorher noch eine Debatte, in der namentlich der bisher die **dritte** **Wählerklasse** vertretende **Gemeindevertreter Koch** die im Hinblick auf die **karen** **Bestimmungen** der **Landgemeinde-Ordnung** schwer verständliche **Ansicht** vertrat, als **Angesehener** **Wann** nur derjenige gelten, der im **ungetheilten** **Besitz** eines **Grundstücks** sich befindet, einen **Mitbestiter**, wie **Well**, könne er nicht als **Angesehener** betrachten. **Dem** **Genossen Crauer** sollten nach den **Beschauptungen** des **Herrn Koch** **unrichtig** **abgegebene** **Stimmen** **gutgeschrieben** worden sein, und so wünschte der **Herr** **Witte** **beiden** **Kandidaten** **nicht** **eingeführt** **zu** **sehen**; er wollte **vielmehr** **das** **entscheidende** **Material** **von** **einer** **ringschließenden** **Kommission** **nachprüfen** **lassen**. **Original** **ist** **ja** **nun**, **daß** **betreffender** **Herr**

